

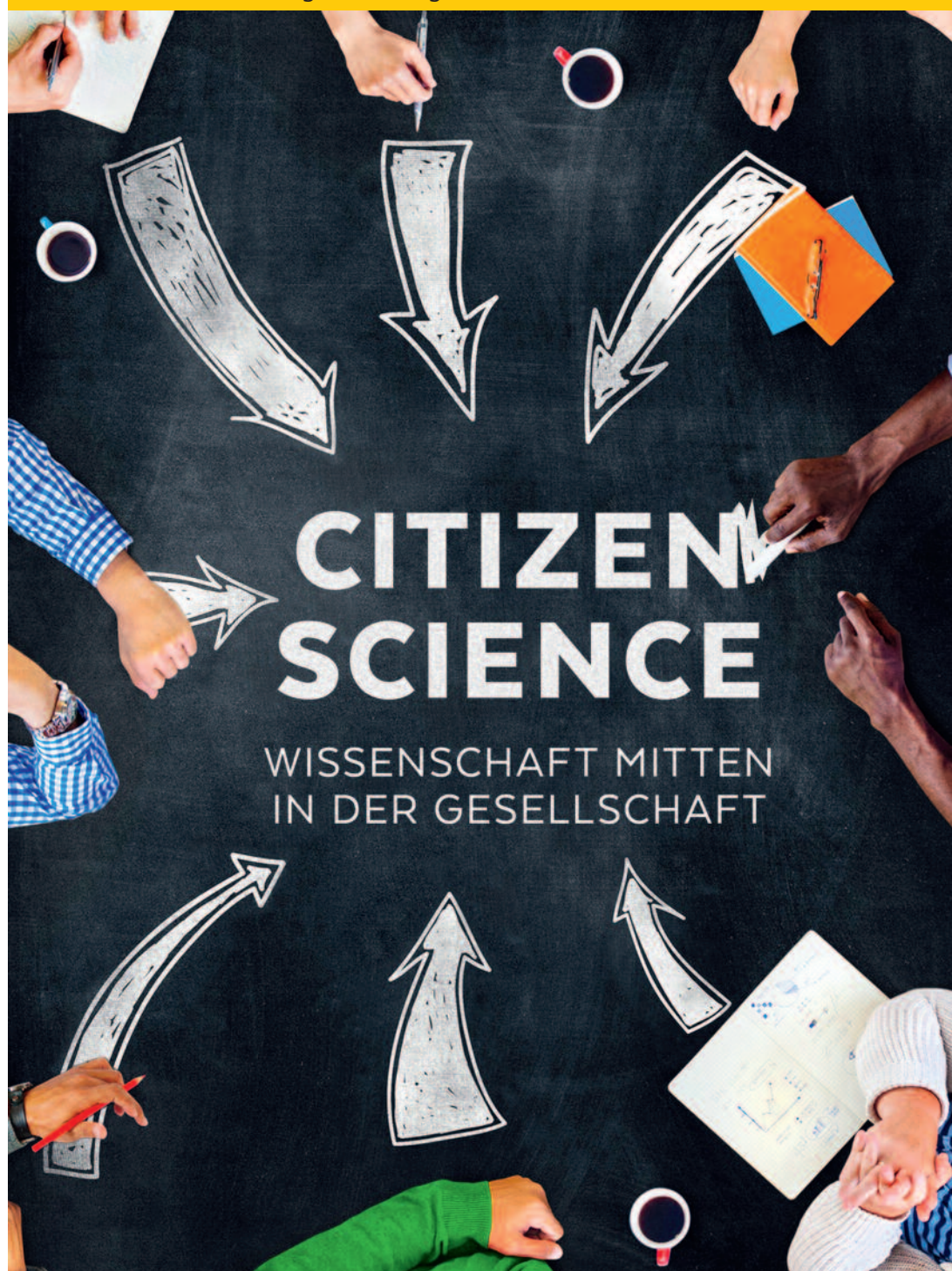
Kerstin Broichhagen und Stefan Hollenberg Citizen Science ganz praktisch

Claudia Mayer Politik – Wie uncool ist das denn? Jugendliche, Jugendbeteiligung und Politik

Annette C. Seibt Citizen Science braucht Partizipation!

Manfred Mai Promotion an Fachhochschulen?

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst



Seminartermine 2015

Fr. 23. Oktober**Hochschulrecht**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Fr. 23. Oktober**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 30. Oktober**Prüfungsrecht und Prüfungsverfahren
an Hochschulen**

Ismaning, Commundo Tagungshotel, 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Fr. 6. November**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 27. November**Prüfungsrecht und Prüfungsverfahren
an Hochschulen**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Fr. 4. Dezember**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 18. Dezember**Bewerbung, Berufung und Professur**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Fr. 22. Januar**Hochschulrecht**

Siegburg, Kranz Parkhotel, 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr

*Programm und Anmeldung auf unserer Homepage unter
www.hlb.de/seminare*

Herausgeber: Hochschullehrerbund –
Bundesvereinigung e. V. **h**l**b**
Verlag: **h**l**b**, Postfach 20 14 48, 53144 Bonn
Telefon 0228 555256-0, Fax 0228 555256-99
E-Mail: hlb@hlb.de, Internet: www.hlb.de

Chefredakteur: Prof. Dr. Christoph Maas
Molkenbuhrstr. 3, 22880 Wedel
Telefon 04103 14114
E-Mail: christoph.maas@haw-hamburg.de

Redaktion: Dr. Karla Neschke

Titelbild: Rawpixel – Fotolia.com

Herstellung und Versand:
Wienands PrintMedien GmbH
Linzer Straße 140, 53604 Bad Honnef

Erscheinung: zweimonatlich

Jahresabonnements für Nichtmitglieder
45,50 Euro (Inland), inkl. Versand
60,84 Euro (Ausland), zzgl. Versand
Probeabonnement auf Anfrage

Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist
Bonn.

Anzeigenverwaltung:

Dr. Karla Neschke
Telefon 0228 555256-0
Fax 0228 555256-99
E-Mail: hlb@hlb.de

Verbands offiziell ist die Rubrik „*h**l**b*-Aktuell“.
Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen
Beiträge entsprechen nicht unbedingt
der Auffassung des *h**l**b* sowie der Mitglieds-
verbände.

Mit Ihrem Smart-
phone gelangen
Sie hier direkt auf
unsere Homepage.





Foto: S. Maas

Jeder Dialog, der das Gegenüber ernst nimmt, führt letztlich dazu, dass beide Seiten bestimmen dürfen, wie es weitergeht – auch wenn diese Einsicht mitunter schwerfällt.

„Doch die Wissenschaft, man weiß es, achtet nicht des Laienfleißes“; Christian Morgenstern portraitiert in seinen „Palmström“-Gedichten eine Wissenschaft, die auf Abgrenzung setzt. Sie wimmelt den interessierten Bürger ab und „beugt sich wieder dann auf ihre/wichtigen Spezialpapiere“.

Seien wir ehrlich: Unsere Hochschulform hat sich zwar Anwendungsorientierung auf die Fahnen geschrieben. Der Austausch auf Augenhöhe mit der Frau und dem Mann auf der Straße ist bei uns trotzdem noch eher die Ausnahme als die Regel. Aber die Beiträge in diesem Heft zeigen beispielhaft, wie der Weg dahin gelingen kann.

Jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt; wer nicht weiß, womit sich Wissenschaft beschäftigt, kann nicht nachfragen und Ergebnisse nicht nutzen. Kerstin Broichhagen und Stefan Hollenberg (Seite 146) stellen das Kölner Modell der Wissenskommunikation vor, das sich an die lokale Bevölkerung wendet und sie über aktuelle wissenschaftliche Fortschritte informiert. Der Rückkanal wirkt dabei eher auf informelle Weise. Zumindest sind aber Diskussionen während der Veranstaltungen und die je nach Thema unterschiedliche Nachfrage unmittelbar wahrnehmbar.

Claudia Mayer (Seite 150) konzentriert sich als Kommunikationswissenschaftlerin hingegen gerade auf diesen Aspekt. Im Aachener Beteiligungsmodell hat sie herausgearbeitet, wie man es anstellen muss, um aus Rückmeldungen aus der Bevölkerung valide und operable Anhaltspunkte für das Verwaltungshandeln zu gewinnen.

Die Erkenntnisse der Gesundheitswissenschaften bleiben ohne volle Mitwirkung der „beforschten“ Menschen reine Theorie. Erfolgreiche Nichtraucher-, Abstinenz- oder „Trimm dich“-Kampagnen legen davon beredtes Zeugnis ab. Annette Seibt (Seite 156) zeigt, wie die Qualität der Erkenntnisgewinnung und der Umsetzung gleichermaßen von einem partnerschaftlichen Umgang mit den involvierten Menschen abhängt.

Die Öffentlichkeit kann in unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlichen Zielsetzungen in Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Je nach Zweck haben sich unterschiedliche Veranstaltungsformen bewährt. Das Handbuch Bürgerbeteiligung (Seite 160) bietet hier einen umfassenden Überblick.

Kürzlich hat sich auch der Wissenschaftsrat (Seite 149) zur „Beteiligung von Akteuren außerhalb der Wissenschaft“ geäußert. Hier scheint mir allerdings das Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ die Feder geführt zu haben. Einerseits wird der Nutzen von „spezifischen Wissensbeständen“ anerkannt und festgestellt, dass sich so „die Akzeptanz von Forschungsergebnissen verbessern“ lässt. Aber letztlich wird mit den Einwänden, es gelte „die Einheit von Entscheidung und Verantwortung“ zu wahren und es müsse das „Verhältnis ... partizipativer Elemente zur Forschungsfreiheit“ noch diskutiert werden, das Gesetz des Handelns für die eigene Seite reklamiert. Falsch gedacht! Jeder kommunale Bürgerentscheid zeigt bereits, dass genau andersherum ein Schuh daraus wird.

Man muss gewiss nicht bei jeder Frage auf Bürgerbeteiligung setzen. Aber wenn man sich darauf einlässt, dann muss auch der Pelz nass werden dürfen.

Ihr Christoph Maas



141 Editorial:
Gewaschener Pelz ist nass

Aufsätze

146 Citizen Science ganz praktisch
Kerstin Broichhagen und Stefan Hollenberg

150 Politik – Wie uncool ist das denn?
Jugendliche, Jugendbeteiligung und Politik
Claudia Mayer

156 Citizen Science braucht Partizipation!
Annette C. Seibt

162 Promotion an Fachhochschulen?
Manfred Mai

hfb-Aktuell

144 Reform der W-Besoldung vorerst abgeschlossen

169 Die Zukunft der Fachhochschulen gestalten

Berichte

149 Wissenschaftsrat: Beteiligung von Akteuren außerhalb der Wissenschaft bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen

160 Handbuch Bürgerbeteiligung

167 BAföG – Wenig Geld für wenige

167 Hochschulallianz zum neuen DFG-Förderatlas: Hochschulen für angewandte Wissenschaften gehen so gut wie leer aus

FH-Trends

161 HAW Hamburg
„Sharing knowledge and experiences“: Flüchtlinge als Gasthörer an der HAW Hamburg

165 Hochschule Osnabrück
Programm-Branding durch Speed-Dating

168 Hochschule Niederrhein
Hochschule Niederrhein unterstützt Flüchtlinge mit akademischen Abschlüssen



Was motiviert Jugendliche zu politischer Partizipation? Prof. Claudia Mayer (2. v.l.) und ihr Team zeigen, wie man das herausfindet (Seite 150). Foto: FH Aachen



Mit altersgerechten Formen der Beteiligung können auch Kinder an der Planung eines Spielplatzes mitwirken (Seite 154). Foto: V. Maas

U2 Impressum

164 Autoren gesucht

172 Neue Bücher von Kolleginnen und Kollegen

173 Neuberufene

Wissenswertes

170 Vorgehen gegen Mobbing als Beamter

171 Gleichberechtigung für Männer – auch für sie muss die Gleichstellungsbeauftragte tätig werden

Aus Bund und Ländern

166 Baden-Württemberg
Zentren für angewandte Forschung erschließen innovative Forschungsfelder an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und stärken die regionale Wettbewerbsfähigkeit

166 Bund
Mobilität im Erasmus-Programm trotz Finanzkrise weiter steigend

168 Hamburg
Delegation des *hlf*-Landesverbands zum Gespräch bei Staatsrätin Gumbel



An der Hochschule Osnabrück lernen sich Studierende und Unternehmen beim Speed-Dating kennen (Seite 163). Foto: Hochschule Osnabrück

Reform der W-Besoldung vorerst abgeschlossen

Gut dreieinhalb Jahre, nachdem das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden hat, dass die Grundgehälter der Professorenbesoldung bis dato nicht amtsangemessen und damit verfassungswidrig waren (BVerfG, Urteil vom 14. Februar 2012, Az. 2 BvL 4/10), sind mittlerweile alle Landesgesetzgeber tätig geworden und haben die Professorenbesoldung rückwirkend zum 1. Januar 2013 verändert. „Verändert“ deshalb, weil in allen Ländern die den knappen Haushalten entsprungene Anrechnung bereits bestehender Leistungsbezüge in unterschiedlicher Höhe die Freude über die dazugewonnene Besoldung erheblich schmälert.

Mit großer Verspätung haben Baden-Württemberg, Berlin und das Saarland in diesem Jahr neue Besoldungsgesetze verabschiedet. Die Spitzenpositionen bei der Professorenbesoldung nehmen nun Baden-Württemberg, der Bund und Sachsen-Anhalt ein. Schlusslichter sind Sachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz; im unteren Feld befinden sich das Saarland, Berlin und Bremen. In Sachsen, Hessen und Bayern erhöht sich jedoch die Besoldung automatisch mit Erreichen einer neuen Erfahrungsstufe alle fünf Jahre, wobei es in Hessen fünf und in Sachsen vier Stufen gibt, in Bayern drei. Ob eine solche Einführung von Erfahrungsstufen nicht von vornherein dem Grundgedanken einer leistungsorientierten Besoldung widerspricht und ob dieses Vorgehen nicht sogar verfassungsrechtlich unzulässig ist aufgrund einer mittelbaren Altersdiskriminierung, steht auf einem anderen Blatt.

Das Spektrum der Neuregelungen, angefangen bei der Höhe der Grundgehälter, den Besoldungsmodellen, wie Stufenmodell, gesetzlicher Mindestleistungsbezug statt Anhebung der Grundgehälter etc., über Konsumtionsregelungen und deren Anwendungsregelungen bis zu Sonderzahlungen, ist schwer überschaubar geworden und unterschiedlicher denn je. Das W2-Grundgehalt beträgt zwischen 4.971,88 Euro in Sachsen und 5.684,44 Euro in Baden-Württemberg.

Damit beträgt der Unterschied im Ländervergleich bis zu 700,00 Euro.

Brandenburg, Bremen und Hamburg haben im Rahmen der W-Besoldungsreform nicht das Grundgehalt erhöht, sondern garantieren einen gesetzlich festgelegten „Mindest- oder auch Grundleistungsbezug“ für jede Professorin oder jeden Professor. Dies stellt lediglich ein anderes Etikett für ein und dieselbe Sache dar, führt aber auf der anderen Seite dazu, dass das Besoldungsdickicht nicht transparenter, sondern noch undurchschaubarer wird.

Daneben gibt es zahlreiche unterschiedliche Regelungen, inwieweit bereits gewährte Leistungsbezüge auf diese Besoldungserhöhung angerechnet werden (sog. „Konsumtion“). Die meisten Länder sehen einen anrechnungsfreien Schonbetrag vor. Regelmäßig sind nur 20 bis 55 Prozent der Leistungsbezüge nicht der Anrechnung fähig und müssen unangetastet bleiben. Der *h/b* unterstützt Klageverfahren seiner Mitglieder gegen diese Anrechnung in den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen – erste Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung liegen für Rheinland-Pfalz und Bayern bereits vor.

Ob mit den Grundgehaltserhöhungen, verbunden mit Anrechnungsregelungen für bestehende Leistungsbezüge, den Vorgaben des BVerfG letztlich Genüge getan wurde, darf bei mehr als hälftiger Anrechnung bezweifelt werden. Das Gericht hat zwar nur hinsichtlich der Grundvergütung entschieden, dass diese für sich genommen nicht amtsangemessen sei. Seine Bewertung erfolgte aber im Wissen um das System einer leistungsorientierten Besoldung, den der Paradigmenwechsel von der C- zur W-Besoldung mit sich brachte. Dass die Richter daher solche Besoldungsmodelle mit mehr oder minder weitreichenden Anrechnungsmöglichkeiten der Leistungsbezüge bei ihrem Urteil vor Augen hatten, muss bezweifelt werden. Ein

Nullsummenspiel kann sicherlich nicht die Intension der Karlsruher Richter gewesen sein. Mit den Anrechnungsregelungen wird das Leistungsprinzip nicht nur missachtet, sondern ad absurdum geführt, weil erbrachte Leistungen nachträglich entwertet werden.

Bund/Land
Bund
Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Nicht vergessen werden darf aber auch die tagtägliche Praxis: Mit Blick auf die erhöhte Grundbesoldung wird nun von Hochschulen in jenen Bundesländern mit einem höheren Grundgehalt zunehmend die Gewährung von Berufungsleistungszulagen bei Erstberufungen abgelehnt. Damit wird deutlich, dass das Prinzip der W-Besoldung beschädigt ist, weil Summen nun nur verschoben

und anders deklariert werden: Die Erhöhung der Grundgehälter wird mit einem „Weniger“ an Leistungsbezügen bezahlt. In der Konsequenz verkommt die leistungsorientierte Besoldung zu einer in sich nicht mehr schlüssigen

Dauerbaustelle. Die Reform ist also abgeschlossen und ist es dennoch nicht. Es bleibt weiter spannend.

Christian Fonk

Die W2-Besoldung in Bund und Ländern zum 1. September 2015

W2 (Stufe 1) in €	W2 (Stufe 2) in €	W2 (Stufe 3) in €	W2 (Stufe 4) in €	Gesetzlich garantierter Mindestleistungsbezug in €	Besonderheiten	Sonderzahlung (Weihnachtsgeld)
5.422,44	5.741,40	6.060,38	–		Siebenjähriger Rhythmus	Im Grundgehalt integriert
5.684,44	–	–	–		W3 = 6.452,90 Euro	Im Grundgehalt integriert
5.286,97	5.502,77	5.826,46	–		Grundgehälter ab 1. März 2015 Stufe 1: fünfjährige Dauer, Stufe 2: siebenjährige Dauer	65 % der jährlich durchschnittlichen Monatsbezüge
5.144,62	–	–	–		Ab 1. August 2015	Pauschal 640 €
5.249,22	–	–	–	688,00	Im Grundgehalt ist hier der Mindestleistungsbezug enthalten	Keine
5.174,21	–	–	–	618,14	Im Grundgehalt ist hier der Mindestleistungsbezug enthalten	Keine
5.256,98	–	–	–	623,57	Im Grundgehalt ist hier der Mindestleistungsbezug enthalten	300 € pro Kind, ansonsten im Grundgehalt integriert
5.031,79	5.221,27	5.410,75	5.600,24 Stufe 5: 5.789,72		Fünfjähriger Rhythmus	5 % eines Monatsbezuges, monatlich ausbezahlt
5.283,25	–	–	–			37,5 % des Dezembergehalts
5.369,44	–	–	–			Keine
5.346,08	–	–	–		Laut Gesetzentwurf zum 01.06.2015	30 % des Dezembergehalts
5.045,40	–	–	–	309,36 nach 10 Jahren		Im Grundgehalt integriert
5.116,39	–	–	–			Im Grundgehalt integriert
4.971,88	5.224,63	5.477,38	5.730,15		Fünfjähriger Rhythmus	Keine
5.448,47	–	–	–			Keine
5.387,05	–	–	–			Keine
5.263,37	–	–	–		0 % Mindestbehalt nur dann, wenn Berufungszulagen nicht mit Zielvereinbarung verknüpft	Im Grundgehalt integriert

Citizen Science ganz praktisch

Das Kölner Modell der Wissenschaftskommunikation



Kerstin Broichhagen

Dipl.-Des. Kerstin Broichhagen
zefo – Zentrum für Forschungskommunikation
Technische Hochschule Köln – KISD
Ubierring 40
50678 Köln
broichhagen@zefo.de

Prof. Dr. Stefan Hollenberg
Psychologie und Sozialwissenschaftliche Methoden
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW
Abteilung Köln
50668 Köln
stefan.hollenberg@fhoev.nrw.de



Stefan Hollenberg

Wissenschaft liegt im Trend. Die Zeit, in der Wissenschaft einsam im stillen Kämmerlein und Forschung in abgeschotteten Labors betrieben und nur einem sehr begrenzten Kreis von Eingeweihten kommuniziert wurde, ist lange vorbei. Mit dazu beigetragen hat die zunehmende mediale Vielfalt von Informationsquellen, die mittlerweile jeder Bürgerin und jedem Bürger zur Verfügung steht. War es in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts zum Beispiel Joachim Bublath, der mit seinen Berichten „aus Forschung und Technik“ neueste Erkenntnisse und das „abenteuerforschung“ einem breiten Publikum zugänglich machte,¹ hat heute fast jeder private oder öffentlich-rechtliche Sender mindestens ein populärwissenschaftliches Format im Programm. Selbst im Kiosk an der Ecke wird häufig eine Auswahl an Zeitschriften und Magazinen mit Wissenschaftsbezug bereitgehalten. Beinahe keine Tageszeitung erscheint, ohne dass darin ein Artikel über wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu finden ist.²

Angesichts der per Internet für alle permanent zugänglichen Daten stellt sich kaum noch die Frage, ob eine breite Öffentlichkeit Kenntnis von neueren Entwicklungen im natur-, gesellschafts- oder geisteswissenschaftlichen Bereich erhält. Vielmehr steht in der aktuellen Diskussion im Vordergrund, wie die zunehmende Komplexität der wissenschaftlichen Erkenntnisse so breitwirksam wie möglich und ohne Verlust wesentlicher Komponenten vermittelt werden kann.³ Dabei geht es sowohl um die interdisziplinäre Kommunikation vor dem Hintergrund einer sich immer umfassender und gleichzeitig enger vernetzenden Wissenschaftsgemeinschaft als auch um die gegenstandsangemessene Mitteilung aktueller

Projekte und Ergebnisse an die Öffentlichkeit. Insbesondere die jüngere Generation Forschender zeigt ein großes Interesse daran, ihre Arbeit publikumswirksam vorzustellen, wie an dem regen Zuspruch zu erkennen ist, den Science Slams, lange Nächte der Wissenschaften und Tage der offenen Tür an Hochschulen oder wissenschaftlichen Einrichtungen erleben.

Interesse in der Bevölkerung

Dass in der Bevölkerung ein entsprechender Informationsbedarf besteht, wird seit 2014 durch das jährlich erscheinende „Wissenschaftsbarometer“ der „Wissenschaft im Dialog gGmbH“ (WiD), einer Gemeinschaftsinitiative der deutschen Wissenschaft, auch empirisch belegt.⁴ Beim Wissenschaftsbarometer befragt TNS Emnid im Auftrag der WiD jährlich eine ca. 1.000 Personen umfassende repräsentative Stichprobe der deutschen Bevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren. Dabei wird abgefragt, in welcher Form sich Bürgerinnen und Bürger über Wissenschaft informieren, in welchem Ausmaß sie Vertrauen in die Wissenschaft haben und welchen Einfluss sie der zukünftigen Forschung zuschreiben.

Die aktuelle Befragung vom 30. Juni 2015 bis 4. Juli 2015 zeigte dabei interessante Ergebnisse: Ein großes oder sogar sehr großes Interesse an wissenschaftlichen Themen hatte mehr als ein Drittel der befragten Gruppe. Dabei stellte das Internet für zwei Drittel ein wichtiges Medium dar. Vorträge und Diskussionen spielten eine nachgeordnete, aber durchaus relevante Rolle. Von einer Mehrheit der Befragten wurde der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik als zu gering eingeschätzt.

Bürgernahe Wissenschaftskommunikation stärkt die Zusammenarbeit von Hochschulen, Wirtschaft und Bürgerschaft. Das Kölner Modell zeigt seit über zehn Jahren, wie dies funktionieren kann.

Dennoch: Ein großer Teil der befragten Gruppe gab an, dass die Öffentlichkeit nur ungenügend in Entscheidungen über Wissenschaft und Forschung einbezogen wird.

Die Ergebnisse belegen eindrücklich die umfangreiche Nutzung moderner Medien über alle Altersgruppen hinweg. Sie legen aber auch nahe, dass der persönliche Kontakt der Bürgerschaft zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als wichtiges und wertvolles Element zum Aufbau von Vertrauen in die durch Wissenschaft und Forschung zu erzielenden gesellschaftlichen Gewinne dienen kann. Das im Folgenden durch Kerstin Broichhagen vom Zentrum für Forschungskommunikation (zefo) erläuterte Kölner Modell der Wissenschaftskommunikation verdeutlicht, wie die Bevölkerung in wissenschaftliche Entwicklungen miteinbezogen und damit die Akzeptanz von Wissenschaft und Forschung in der Bürgerschaft ausgebaut werden kann.

Ein erfolgreiches Netzwerk

Das Netzwerk der „Kölner Wissenschaftsrunde (KWR)“ wurde auf Einladung des ehemaligen Oberbürgermeisters Fritz Schramma von Vertretern aller Kölner Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie der Stadt Köln und der Industrie- und Handelskammer zu Köln am 1. März 2004 offiziell konstituiert.⁵ Die Kölner Wissenschaftsrunde hat sich zur Aufgabe gemacht, die Wissenschafts- und Wirtschaftspotenziale der Region in der Öffentlichkeit besser sichtbar zu machen. Sie trägt dazu bei, dass eine intensive Vernetzung der Wissenschaftseinrichtungen untereinander, aber auch der Wissenschaft mit der Wirtschaft und der breiten Öffentlichkeit erfolgen kann und dadurch das Profil sowie die Konkurrenzfähigkeit



von Köln als Wissenschaftsstandort gestärkt werden. Mit ihrer Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit leistet die KWR einen aktiven Beitrag zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft.

In einer Großstadt wie Köln Aufmerksamkeit für Wissenschaftsthemen herzustellen, ist trotz des oben benannten grundsätzlichen Interesses der Bevölkerung eine besondere Herausforderung. Die ungewöhnlichen KWR-Formate zeigen jedoch, dass sich durch die Einbeziehung der Bürgerschaft in der Verbindung von Theorie und Praxis wissenschaftliche Themen durchaus auf dem hart umworbenen „populärwissenschaftlichen Unterhaltungsmarkt“ positionieren lassen. Das Konzept der Kölner Wissenschaftsrunde bedient mit ihrer Organisationsstruktur die Bereiche Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Markenbildung auf mehreren Ebenen der städtischen Gesellschaft. So werden durch regelmäßigen Austausch und Abgleich konkrete kommunikative Umsetzungsmaßnahmen geschaffen.

Die Leitungsebene, die sich aus den Leitern der Forschungseinrichtungen, dem Oberbürgermeister sowie den Beigeordneten der Stadt und Vertretern der Industrie- und Handelskammer Köln zusammensetzt, trifft sich mindestens

zwei Mal jährlich. Die Leitungssitzungen dienen dazu, sich über gemeinsame Ideen, Bedarfe und Angebote abzustimmen. Organisiert, betreut und koordiniert wird das Netzwerk in enger Zusammenarbeit mit der KWR-Geschäftsstelle im Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln und dem KWR-Projektbüro im Zentrum für Forschungskommunikation (zefo) an der Technischen Hochschule Köln. Die Arbeitsgruppe für Marketing, Presse und Öffentlichkeitsarbeit mit allen Pressesprechern der Mitgliedereinrichtungen reflektiert und unterstützt die Umsetzung der vom Projektbüro entwickelten innovativen Veranstaltungs- und Kommunikationskonzepte.

Wissenschaft für Bürgerinnen und Bürger

Neben einem regelmäßig erscheinenden KWR-Newsletter und Veranstaltungskündigungen können sich Bürgerinnen und Bürger immer aktuell auf dem Wissenschaftsportal www.koelner-wissenschaftsrunde.de über die ungewöhnlichen KWR-Formate „WiR – Wissenschaft im Rathaus“, das „Kölner Themenjahr“ und „Wissenschaft in Kölner Häusern“ informieren. Zusätzlich wird laufend über eine Fülle an Themen, Projekten, Studien, Veranstaltungen und Meldungen aus allen Kölner Forschungseinrichtungen berichtet. Unter der Kategorie „Kölner Wissenschaftler erzählen“ kann man die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler persönlicher kennenlernen.

WiR – Wissenschaft im Rathaus

Seit 2008 lädt die Stadt Köln jeden Montag im Monat zu einer Vorlesung ins Rathaus ein. Referiert wird zu einer großen Bandbreite wissenschaftlicher Themen, die von den Forschungsein-

richtungen des Kölner Standorts bedient werden. So kann man unter anderem erfahren, wie Weichkorallen die Grundlage für neue pharmazeutische Wirkstoffe bilden, was es bedeutet, eine Forschungsexpedition zum höchsten Vulkangebirge der Sahara durchzuführen, und warum das Fliegen immer günstiger wird. Die seit Jahren konstant hohen Besucherzahlen belegen das große Interesse, das diesem Format – weitgehend unabhängig von den einzelnen Inhalten oder wissenschaftlichen Ausrichtungen – entgegengebracht wird.

Kölner Themenjahr

Alle zwei Jahre bringt die KWR ein „Kölner Themenjahr“ auf den Weg. 2015 lautet das Themenjahr „Älter-Bunter-Kölner – Gesellschaft im Wandel“. In diesem Rahmen werden von den Kölner Forschungseinrichtungen über 80 interdisziplinäre Veranstaltungen wie Vortragsreihen, Diskussionen und Events stadtweit angeboten. Dabei werden unter anderem Aspekte wie ADHS im Alter, Chancengleichheit, Freiwilligen-Engagement, Glück und Migration thematisiert und diskutiert. Die übergeordnete Kommunikation mit Pro-

grammflyern, City-Light-Postern, Postkarten und Einzelankündigungen wird dabei von der Gemeinschaft getragen, vom Projektbüro gestaltet und zusammen mit der Stadt Köln koordiniert.

Wissenschaft in Kölner Häusern

Das Format „Wissenschaft in Kölner Häusern“ findet im zweijährigen Wechsel mit dem Kölner Themenjahr statt. 2016 gehen erneut Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an ungewöhnliche Orte, mit denen sich ihre Forschung verknüpfen lässt. Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, diese Anwendungen „vor Ort“ kennenzulernen und die Zusammenhänge von Praxis und Wissenschaft zu erleben. So erörterte z. B. 2014 ein Wissenschaftler gemeinsam mit einem Kriminologen die Hintergründe und Phänomene der Jugendkriminalität in der Großraumzelle des Kölner Polizeipräsidiums. Im Köl-

ner Zoo wurde aufgezeigt, wie man von Affen eine gesellschaftliche Karriere erlernen kann, und auf einer Fahrt in einem von Brennstoffzellen angetriebenen Bus wurde die neuartige Antriebstechnik demonstriert und erläutert. Dabei kann über den Wissenschafts-Praxis-Bezug ein ganz neuer Zugang zur Wissenschaft erlebt werden. Das kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern gut an, denn fast alle Veranstaltungsangebote waren 2014 ausgebucht. Darüber hinaus bleiben die Besucher der KWR weiterhin treu, denn sie beziehen seitdem regelmäßig den KWR-Newsletter und werden über anstehende KWR-Veranstaltungsformate informiert.

Das ungewöhnliche Angebot, direkt „im Leben“, außerhalb von Labors oder Hörsälen etwas über Forschung zu erfahren und diese Erfahrung direkt mit den Forschenden zu diskutieren, stößt auf sehr gute Resonanz in der Bürgerschaft, in der Wirtschaft und bei den beteiligten Wissenschaftsorganisationen. Insofern kann die Kölner Variante der Wissenschaftskommunikation ein Modell für eine gelungene „Citizen Science“ sein. Dies belegt auch der vorliegende Artikel, der dank vorheriger KWR-vermittelter Kontakte in Kooperation zwischen einer Mitarbeiterin des Zentrums für Forschungskommunikation und einem Hochschulprofessor entstanden ist. ■



Wissenschaft in Kölner Häusern 2014: Prof. Dr. Andreas Lohner von der TH Köln referierte zum Thema Mobilität im 21. Jahrhundert während der Fahrt in einem von Brennstoffzellen angetriebenen Stadtbus.

Foto: Volker Oelrich

- 1 Heute fortgeführt als „Leschs Kosmos“, siehe <http://www.zdf.de/leschs-kosmos/abenteuer-forschung-mehr-zur-sendung-6072650.html> Abruf zuletzt am 26.08.2015.
- 2 Taschwer, Klaus (2015): Vom Kosmos zur Wunderwelt – Über populärwissenschaftliche Magazine einst und jetzt. In P. Faulstich (Hrsg.): Öffentliche Wissenschaft: Neue Perspektiven der Vermittlung in der wissenschaftlichen Weiterbildung, S. 73 – 85. Bielefeld: transcript.
- 3 Schäfer, Mike S.; Kristiansen, Silje; Bonfadelli, Heinz (Hrsg., 2015): Wissenschaftskommunikation im Wandel. Köln: Herbert-von-Halem.
- 4 Siehe <http://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/> Abruf zuletzt am 26.08.2015.
- 5 Vgl. <http://www.koelner-wissenschaftsrunde.de/koln-stadt-der-wissenschaft/kolner-wissenschaftsrunde/> Abruf zuletzt am 26.08.2015.

Wissenschaftsrat: Beteiligung von Akteuren außerhalb der Wissenschaft bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen

Im Rahmen seines aktuellen Positionspapiers über den Umgang mit großen gesellschaftlichen Herausforderungen geht der Wissenschaftsrat auch auf die Beteiligung von Akteuren außerhalb der Wissenschaft an dem wissenschaftspolitischen Diskurs ein. Wir dokumentieren diesen Abschnitt des Positionspapiers (Seite 26 f.) in Auszügen:

„[...] Die Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen zielt auf umfassende gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die eine Bewusstseinsbildung sowie ggf. einen Wertewandel voraussetzen und sowohl technische als auch soziale Innovationen umfassen können. Angesichts der Komplexität und Reichweite großer gesellschaftlicher Herausforderungen sollten alle Potenziale für die Entwicklung und Umsetzung innovativer Lösungen genutzt werden und neben der Wirtschaft auch weitere nicht wissenschaftliche gesellschaftliche Akteure an Forschungs- und Innovationsaktivitäten bzw. ihrer Initiierung beteiligt werden. Die Berücksichtigung spezifischer Wissensbestände, Interessen und Wertvorstellungen verschiedener gesellschaftlicher Akteursgruppen erhöht die Perspektivenvielfalt und verbreitert die Wissensbasis hinsichtlich der Entwicklung von Forschungsagenden und Förderprogrammen sowie der Definition und praktischen Durchführung von Forschungsprojekten (vor allem Sammlung von Daten und Interpretation von Ergebnissen). Daraus folgt ein berechtigtes Interesse nicht wissenschaftlicher gesellschaftlicher Akteure, an Forschungs- und Innovationsprozessen mitzuwirken. Darüber hinaus knüpft sich an die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure die Erwartung, dass sich dadurch auch die Legitimität und Transparenz der Auswahl von Forschungsfragen und die Akzeptanz von Forschungsergebnissen verbessern lässt. Im Kontext großer gesellschaftlicher Herausforderungen kommt somit dem Dialog zwischen wissenschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Akteuren eine besondere

Bedeutung zu, besonders wenn sich diese nicht nur auf die Kommunikation von Forschungsergebnissen beschränkt, sondern den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren Beteiligungschancen bei der Formulierung und gegebenenfalls auch Bearbeitung von Forschungsfragen einräumt. Gleichwohl muss die Einheit von Entscheidung und Verantwortung auch hier gewahrt bleiben.

Instrumente für die Partizipation gesellschaftlicher Akteure sind neuerdings im Kontext transdisziplinärer und transformativer Forschung weiterentwickelt worden. Der Begriff der transdisziplinären Forschung hat sich vor allem im Zusammenhang der Nachhaltigkeits- und Klimaforschung seit den 80er-Jahren entwickelt. Als transdisziplinär werden in diesem Zusammenhang Prozesse und Arenen der Wissensproduktion bezeichnet, in denen disziplinär geschulte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit nicht akademischen Wissensproduzenten aus Unternehmen, Verbänden, Zivilgesellschaft etc. zusammenwirken. Dieser Ansatz wurde von dem WBGU in seinem Gutachten ‚Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation‘ unter dem Begriff transformativer Forschung aufgegriffen und als Idee der transformativen Wissenschaft weitergeführt. Dieser Ansatz ist derzeit Gegenstand kontroverser Diskussionen. Insbesondere sehen Kritiker in der Verlagerung des Referenzrahmens wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung die Autonomie der Hochschulen und die Freiheit der

Wissenschaft sowie die epistemischen Eigengesetzlichkeiten von Wissenschaft gefährdet.

In den letzten Jahren sind bereits vielfältige Formate für eine Beteiligung von Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft wie Bürgerdialoge, Citizen Science (Bürgerforschung) und Real-labore entwickelt worden. Der Wissenschaftsrat sieht einen wichtigen Beitrag der Wissenschaft zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen darin, die Bedingungen und Möglichkeiten unterschiedlicher Beteiligungsformen zu untersuchen und dafür Experimentierräume zu schaffen. Orte und Formen gesellschaftlicher Partizipation bedürfen dabei noch einer methodologischen und epistemologischen Klärung und der Diskussion des Verhältnisses partizipativer Instrumente zur Forschungsfreiheit. In diesem Kontext ist auch das Verhältnis von ‚transdisziplinärer‘ und ‚transformativer‘ zu ‚erkenntnisorientierter‘ und ‚lösungsorientierter‘ Forschung sowie zur Leistungsdimension des Transfers zu bestimmen. [...]“

Wissenschaftsrat: Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über große gesellschaftliche Herausforderungen. Positionspapier. Drucksache 4594-15, April 2015. Download-Link: <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4594-15.pdf>

Politik – Wie uncool ist das denn? Jugendliche, Jugendbeteiligung und Politik



Claudia Mayer

Prof. Dr. Claudia Mayer
FH Aachen University of
Applied Sciences
Communication Studies
Eupener Str. 70
52066 Aachen
c.mayer@fh-aachen.de

„Politik – Nein danke“: So oder so ähnlich lautet meist die Reaktion, wenn man Jugendliche nach ihrem Interesse an Politik fragt. Spricht man mit Erwachsenen über das Thema oder mit Politikerinnen und Politikern, fällt ganz schnell das Wort von der „Politikverdrossenheit“. Dann hört man als Erstes: Erstwähler gehen nicht wählen, Jugendliche wissen nicht mal, wie der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin vor Ort heißt, haben keine Kenntnisse von Kommunal- oder Bundespolitik. Und alle machen sich Sorgen, wohin das denn noch führen soll. Dabei ist eigentlich seit Generationen klar, dass „die Jugend von heute nichts taugt“.

Dass irgendetwas daran nicht stimmen kann, wird schnell deutlich, wenn man genauer hinschaut. Denn genauso pauschal kann man feststellen: Jugendliche interessieren sich für vielerlei Themen. Gesellschaftliches Engagement sieht man allenthalben bei Jugendlichen und sei es nur das Interesse daran. Ist das immer genau das, was sich die etablierte Politik unter „Politik“ und „Engagement“ vorstellt?

Was genau verstehen die einzelnen Akteure überhaupt unter „Engagement“? Was läuft schief im Generationen-Gespräch? Das und vieles andere wollten wir herausfinden, als wir vor drei Jahren damit begannen, uns mit dem Thema „Bürgerbeteiligung“ zu befassen. Damals war „Stuttgart 21“ in aller Munde. Diverse Einzelprojekte und ein paar Umfragen weiter können wir feststellen, dass „die Jugend von heute“ natürlich „etwas taugt“ – und zwar eine ganze Menge.

Der Begriff der Bürgerbeteiligung löst viele Emotionen aus. Zum einen sind das Gefühle wie die Lust, gesellschaftlich, politisch oder in der eigenen Nachbarschaft etwas zu bewegen, das Bedürfnis, gehört und ernst genommen zu werden, oder auch die Motivation, seine eigenen Überzeugungen einzubringen. Zum anderen führen politische Partizipation und Bürgerengagement oft zu Enttäuschungen und Frustration, beispielsweise darüber, dass die Ideen aus den Reihen der Bevölkerung zu häufig nicht in der Realität ankommen, dass die Erfolge nicht klar kommuniziert werden oder dass die Bürger sich engagieren, am Ende aber nichts geschieht oder – noch schlimmer – die Bürger gar nicht mehr erfahren, was aus ihren Ideen geworden ist. Aufseiten der Verwaltung und Politik befürchtet man Verzögerungen, Unmutsäußerungen und Schlimmeres.

Fast hat man den Eindruck, als sei Bürgerbeteiligung noch nie so aktuell und wichtig gewesen wie heute. Tatsächlich sind Gegenstand, Vielfalt und Inhalte dessen, was gemeinhin mit Bürgerbeteiligung gemeint ist, fast so alt wie die Menschheit selbst, und die Geschichte der Gesellschafts- und Staatenbildung sowie deren Weiterentwicklungen lässt sich auch lesen als die Geschichte des Umgangs mit der Beteiligung vieler oder Einzelner. Dennoch könnten wir heute – zu Beginn des 21. Jahrhunderts – feststellen, dass Bürgerbeteiligung ein selbstverständlicher und integraler

Geht Jugendbeteiligung überhaupt? Ja – man muss nur wissen, wie. Dies zeigt eine Studie der FH Aachen.

Bestandteil des öffentlichen Lebens und der politischen Kultur geworden ist. Die Digitalisierung des privaten, beruflichen und öffentlichen Lebens, die in Europa in den 1990er-Jahren ihren Verlauf nahm, mit den Kernkonzepten der Interaktivität und Selektivität führte dazu, dass die soziale Kommunikation zunehmend prinzipiell „auf Augenhöhe“ erfolgt. Die Möglichkeit, unmittelbar zu reagieren und damit die traditionellen Grenzen zwischen „Sender“ und „Empfänger“, zwischen aktiv und passiv leichter zu überwinden und zu verwischen, führte geradezu zwangsläufig dazu, dass jeder, der etwas sagen kann, auch etwas sagen möchte.

Auch die Medienlandschaft und die Nutzung der – insbesondere digitalen – Medien haben sich weitgreifend verändert. Der Ruf nach Transparenz und Beteiligung, nach gleichberechtigter Kom-

munikation kam so gesehen sogar recht spät. Dieser Ruf geht über das Engagement reiner Protestbewegungen, wie die Ostermärsche in den 1950er-Jahren, die sogenannte 68er-Bewegung oder „Stuttgart 21“, hinaus und spiegelt ein grundsätzlicheres Bild. Ähnlich wie zu Beginn des 16. Jahrhunderts die öffentliche Sphäre durch die Verbesserung des Buchdrucks vollkommen verändert wurde, so wird seit ca. 20 Jahren unsere öffentliche Sphäre durch die Digitalisierung verändert. Wir befinden uns inmitten eines neuen Paradigmenwechsels.

Dass die Politik und damit die Kräfte, die traditionell in unserer Kultur das Staatswesen lenken, darauf intelligent zu reagieren haben, hat man in der Städteregion Aachen schon seit Längerem erkannt. Die Vorstellung von einer „Region der Beteiligung“, die Städteregionsrat Helmut Etschenberg propagiert hat, wird künftig den Kern einer

zukunftsreichen Gemeinschaft definieren. Politik kann schon lange nicht mehr „von oben“ gemacht werden. Politik und Gesellschaftsgestaltung beschränken sich nicht mehr auf das Abhalten turnusmäßiger Wahlen. Politik ist, wenn sie zukunftsreich sein will, der Agens im Austausch mit „den Bürgern“ – kontinuierlich, themenorientiert, zielgruppenspezifisch. Wie aber geht das?

Wir haben an der Fachhochschule Aachen im Bereich der Kommunikations- und Medienwissenschaft am Communications and Media Research Lab versucht, die Grundlagen für ein auf diese Region zugeschnittenes Konzept zur Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Dazu haben wir 2012 eine Umfrage in der Verwaltung der Städteregion Aachen durchgeführt und festgestellt, dass unter den Mitarbeitern die Bürgerbeteiligung ein ausnahmslos positiv besetzter Begriff ist. Danach erfolgte eine Online-Umfrage bei Bürgerinnen und Bürgern zum Thema „Bürgerbeteiligung“. Wir haben mehr als 300 persönliche Befragungen bei diversen Veranstaltungen durchgeführt. Im ersten Halbjahr 2013 fand eine repräsentative Umfrage zum Thema Jugendpartizipation statt und schließlich wurde im ersten Halbjahr 2014 eine Schulabgängerbefragung durchgeführt.

Aufgabe war, neue Ansätze für die Gestaltung von politischer Partizipation zu finden. Uns ging es um Grundbedingungen, Hintergründe, Motivationen und Vorstellungen konkret in der Städteregion Aachen, denn schon die ersten Vorabuntersuchungen haben gezeigt, dass alle Beteiligten etwas anderes unter den gleichen Begriffen verstehen.



Wie tickt die Jugend in der Städteregion? Das Team von der FH Aachen hat dies mit der großen Schulabgängerbefragung ergründet.

Foto: Carl Brunn

YouCheck 2014 – die erste Schulabgängerbefragung in der Städteregion Aachen

Grundsätzlich sind Schulabgängerbefragungen seit mehreren Jahren bundesweit ein verbreitetes Instrument der Bildungspolitik. Zahlreiche Städte und Kommunen führen teilweise im jährlichen Abstand solche Befragungen durch. Das Ziel ist, kurz vor dem Schulabschluss in Erfahrung zu bringen, was die Jugendlichen nach der Schule machen. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu führen, die Beratungsangebote zu verbessern und das Übergangsmanagement den Zielgruppen anzupassen.

Auch in unserer Region standen diese Überlegungen im Mittelpunkt. Jedoch ging unser Erkenntnisinteresse noch einen Schritt weiter. Zunächst wollten wir herausfinden, wie sich die Situation der Schulabgänger in der Städteregion aus ihrer eigenen Sicht darstellt. Dabei stand einerseits die Frage im Focus, wie sich der Übergang von der Schule in den Beruf oder das Studium gestaltet, andererseits wollten wir wissen, was die Jugendlichen außerhalb der Schule machen. Wie sieht ihr Freizeitverhalten aus, was sind ihre Interessen? Es geht um die Schnittstelle von Schule und außerschulischem Engagement und hier genauer um die Möglichkeiten und die Bereitschaft dazu. Das zentrale Stichwort in diesem Zusammenhang ist die Jugendpartizipation als Teil der Bürgerbeteiligung.

Eine Region mit ihren fast 14 000 Schülerinnen und Schülern an den insgesamt 95 Schulen im Jahr 2014 sollte wissen, wie es dieser Generation geht und wie es ihr gelingt, den Sprung von der Schule in die Gesellschaft zu schaffen. Denkt man an den großen Bereich der Jugendbeteiligung und an die vermeintliche „Politikverdrossenheit“, so konnten wir zeigen, dass die Jugendli-

chen sehr wohl an vielen gesellschaftlichen Belangen interessiert sind, dass sie sich einbringen möchten und vor allem, dass sie überzeugt sind, etwas bewirken zu können. Also war schnell klar, dass wir uns ein genaueres Bild von den Jugendlichen, von ihrem Blick auf die Gesellschaft und auf ihre eigene Rolle machen müssen.

Die Schulabgängerbefragung erfolgte ausschließlich digital und konzentrierte sich auf drei Themenbereiche:

1. Berufs- und Studienorientierung

- Wie geht es nach der Schule weiter. Stichwort: Übergangsmanagement? Wie gut fühlen sich die Schulabgänger auf die Zeit nach der Schule vorbereitet? Welchen Weg werden sie einschlagen? Gibt es Wünsche und Vorschläge?

2. Außerschulische Aktivitäten und Jugendpartizipation

- Engagieren sich Jugendliche? Wenn ja, warum und wo? Wenn nein, warum nicht? Sind die Angebote, die es gibt, bekannt und werden sie genutzt? Wie kommunizieren Jugendliche? Für welche Themen würden sich Jugendliche gerne starkmachen? Würden Jugendliche dafür Unterstützung vom Freundeskreis/ Elternhaus erhalten?

3. Rückblick auf die Schulzeit

- Was hat dir gefallen? Welche Art von Unterricht war für dich interessant?

Bundesweit zweitgrößter Datensatz bei einer Schulabgängerbefragung

Heraus kam mit mehr als 3 000 Antwortbögen der zweitgrößte Datensatz, den eine vergleichbare Umfrage bundes-

weit bislang hervorgebracht hat. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Umfrage besteht darin, dass die Jugendlichen in großer Mehrheit davon überzeugt sind, dass sie als Personen in der Gesellschaft etwas bewirken können. Je jünger sie sind, desto mehr sind sie von ihrer eigenen Wirksamkeit überzeugt. Das bedeutet, dass es vor allem auch Partizipationsangebote für junge Jugendliche geben muss. Diese Zuversicht in die eigenen Möglichkeiten ist ein hohes Gut. Auch konnten wir feststellen, dass sich außerschulische Bildung und Engagement positiv auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen auswirken. Jugendliche, die sich außerschulisch „engagieren“, blicken zuversichtlicher in die Zukunft.

Im Themenbereich der außerschulischen Aktivitäten wollten wir wissen, welche Angebote aus Sicht der Jugendlichen attraktiv sind. Als Beispiele wurden in der Fragestellung „Jugendtreffs, Ferienspiele, Jugendbus“ genannt. Dabei zeigte sich, das Zweidrittel der Jugendlichen zwar Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit kennen, aber dass nur ein Drittel sie auch schon genutzt hat.

Bei der Frage, warum solche Angebote genutzt werden, wollten wir herausfinden, was Jugendliche dazu motiviert, ein Angebot in Anspruch zu nehmen. Dieser Bereich wurde mit einer Reihe von Fragen jeweils gegengeprüft, denn dieser Bereich kann Aufschluss darüber geben, was es mit der viel beschworenen „Politikverdrossenheit“ auf sich hat.

Der Hauptgrund, warum Jugendliche etwas dieser Art unternehmen möchten, liegt ganz eindeutig im Wunsch nach Kommunikation. Man möchte Freunde treffen und neue Leute kennenlernen. Die Themen der Angebote sind nach-

rangig, wichtig sind die Form und der Zeitpunkt vor allem in den Ferien. Entwickelt man ein Angebot und bewirbt es damit, dass man „Leute treffen“ kann, stößt das bei den Jugendlichen auf ein hohes Interesse. Findet das Angebot in den Ferien statt oder im Rahmen regelmäßiger Treffs über einen nicht zu langen Zeitraum und hat das Thema mit Freizeit und Sport zu tun, wird der Zuspruch noch besser. Dann macht es auch nichts, wenn das Thema z. B. etwas ist, was „die Erwachsenen“ mit „Engagement“ bezeichnen würden. Wenn es z. B. darum geht, eine Skaterbahn einzurichten, kümmern sich Jugendliche mit großem Einsatz darum. Sie befassen sich mit den Regeln, nach denen man so etwas umsetzen kann, sie verhandeln mit Verwaltungsangestellten und Politikerinnen und Politikern, sie kümmern sich um Anträge und Budgets, bis sie am Ende ihr Ziel erreicht haben. Damit sind sie Teil der „Politik“. Ganz nebenbei ist das auch noch die beste Methode, der heranwachsenden Generation Kenntnisse über Kommunalpolitik zu vermitteln – ein Thema, das sich Jugendliche selbst für den Politikunterricht z. B. wünschen.

Bei der Frage nach der Art der genutzten Angebote zeigt sich eine thematische Hitliste: Am meisten werden sport-

liche und freizeitorientierte Angebote genutzt, gefolgt von Ferienangeboten, künstlerischen Angeboten und Gesundheitsthemen sowie Einzelveranstaltungen, ergänzt durch schulische und berufsorientierte sowie mediale/technische Angebote. Politische und soziale Angebote sind in der Altersgruppe der Schulabgänger eher unpopulär. So unterschiedlich die Jugendlichen nach Alter und Schulform geantwortet haben, in einer Sache sind sie sich einig. Es gibt zu wenig Zeit außerhalb der Schule, um sich aktiv zu beteiligen. Dies sowie die Antworten auf ähnliche Fragen zeigen, dass Jugendbeteiligung zusammen mit den Schulen und teilweise auch in den Schulen stattfinden muss – dann aber unbedingt mit schulfremden Projektleitern.

Zwei Drittel aller Befragten sind der Ansicht, dass Jugendprojekte etwas bewirken. Mehr als 40 Prozent finden, dass man sehr viel bewirken und verändern kann. Insbesondere die zahlreichen Interviews, die wir mit Angehörigen aus Politik, Verwaltung, Jugendarbeit und den Jugendlichen geführt haben, zeigten, dass alle Beteiligten unter den zentralen Begriffen Beteiligung, Politik,

Engagement etwas anderes verstehen und daraus ihre Erwartungshaltung ableiten. Das muss notwendigerweise zu Enttäuschung und Frustration auf beiden Seiten führen. Zum Beispiel verstehen Angehörige aus der Politik unter dem Begriff Engagement vor allem die Wahlbeteiligung. Und die ist bundesweit grundsätzlich gesunken. Darin erkennen viele die oft zitierte „Politikverdrossenheit“. Jugendliche hingegen verbinden mit dem Wort Engagement nichts, mit dem sie sich in Verbindung bringen lassen möchten. Wörter wie Politik, Engagement sind für Jugendliche unglaublich unattraktiv und sorgen eher dafür, dass sie davon abgestoßen werden. Aber tatsächlich „engagieren“ sich viele Jugendliche, z. B. 40 Prozent in Form einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Die Bereitschaft, etwas zu tun, ist in der gesamten Altersgruppe mehrheitlich vorhanden. Allein 90 Prozent der Befragten, die sich schon „beteiligt“ haben, nehmen dieses Engagement als eine positive Erfahrung war.

Politik und Verwaltung einerseits und die Jugendlichen andererseits sprechen nicht die gleiche Sprache. Sie nutzen nicht die gleichen Medien. Das ist nicht erstaunlich, denn das war schon immer so. Und es ist eigentlich auch kein Problem. Es wird aber dann zu einem Problem, wenn man sieht, dass wichtiges Potenzial vergeudet wird. Gerade junge Jugendliche möchten etwas für die Gesellschaft und ihr Umfeld tun. Wenn sie aber schlechte Erfahrungen gemacht haben – weil man nicht die gleiche Sprache spricht, weil nichts Konkretes am Ende herauskommt, weil man sich nicht ernst genommen fühlt –, entsteht zu viel Frustration und man hat die Jugendlichen schon verloren. Das aber kann und will sich unsere Gesellschaft nicht erlauben.



Professor Claudia Mayer zusammen mit dem Städteregionsrat Helmut Etschenberg und Teammitgliedern bei einer Ergebnispräsentation an der FH Aachen. Foto: FH Aachen

Da es dank der digitalen Technik einfach ist, bei den Auswertungen nach unterschiedlichen Kriterien vorzugehen, z. B. nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Schulform, Region usw., lassen sich auch relativ einfach die jeweiligen Bedarfe je nach Zielgruppe zusammenstellen. So haben wir darauf aufbauend in Zusammenarbeit mit der Städteregion in fünf Modellkommunen spezielle Angebote zur Jugendbeteiligung entwickelt. Im Rahmen eines aufwendigen Prozesses, zu dem auch viele Einzelinterviews mit Politikerinnen und Politikern, Verwaltungsangestellten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit und den Jugendlichen selbst gehörten, entstanden speziell auf diese Modellkommunen zugeschnittene Konzepte, wie Jugendbeteiligung funktionieren kann, welche Themen und auf welche Art Beteiligungsprojekte angeboten und durchgeführt werden können. Wie Angebote im Rahmen der Jugendbeteiligung aussehen sollten, damit sie funktionieren, war eine zentrale Aufgabe, mit der wir uns in den letzten Jahren beschäftigt haben.

Mediennutzung

Wichtig ist auch, die richtige Art zu wählen, das Angebot darzustellen, und die richtige Mediennutzung. In unserer Studie und den begleitenden Forschungsarbeiten haben wir das Medien-nutzungsverhalten der Jugendlichen in unserer Region untersucht und konnten bestätigen, was andere Studien bereits gezeigt haben: Digitale Medien sind Mittel zum Zweck, ohne die es nicht geht. Unersetzbar aber ist auch bei Jugendlichen das persönliche Treffen, das Gespräch.

Durch die mangelnde Zeit der Jugendlichen bedingt durch den längeren Schulunterricht wird deutlich, dass Beteiligung zusammen mit den Schulen geschehen muss. Das im Übrigen wünschen sich die Befragten selbst. Die

Schule spielt hier eine zentrale Rolle. Jugendbeteiligungsprojekte müssen teilweise auch in der Schule verankert sein, in der Schule und außerschulisch durchgeführt werden durch Lehrer und durch schulfremde Projektleiter.

Von Verdrossenheit demnach keine Spur. Hingegen ist von „Politikverdrossenheit“ im Sinne der Akzeptanz etablierter Politik durchaus die Rede. Hier gibt es noch eine Reihe von „Hausaufgaben“ zu machen, den Kontakt mit Jugendlichen herzustellen auf eine Art und Weise, die die Jugendlichen dort abholt, wo sie sind. Partizipation allgemein und insbesondere Jugendpartizipation muss altersspezifisch sein, muss regional, fast sogar lokal spezifisch entwickelt sein, muss von kompetenten, dafür ausgebildeten Personen betreut und geführt werden.

Unsere Konzepte sehen einen Kommunikations- und Medienmix vor. Dazu gehören u. a. eine Online-Plattform, ein Newsletter, verschiedene Print-Produkte und ein Bürger-Café, wo man sich treffen kann. Das Herzstück dürfte das von der Projektgruppe entwickelte, auf Benutzerfreundlichkeit hin konzipierte digitale Forum zur Bürgerbeteiligung sein. Eine intelligente Verbindung mit sozialen Medien ist dabei unerlässlich, um besonders auch junge Menschen erreichen zu können. Beteiligung kann nur altersspezifisch, lokal zugeschnitten und themenorientiert funktionieren.

Fazit

Insbesondere die jüngeren Jugendlichen haben grundsätzlich ein großes Interesse an gesellschaftlichen Belangen. Das hat mit dem Gerechtigkeits-sinn zu tun, der zunächst angelegt ist und erst im weiteren Entwicklungsverlauf durch negative Erfahrungen frustriert werden

kann. Beteiligungsprojekte können maßgeblich dazu beitragen, dass dieses noch eher vage und diffuse Interesse sich konkreter ausbildet, dass Jugendliche lernen, wie gesellschaftliche und damit politische Prozesse funktionieren, wie sie darin ihre Anliegen kommunizieren, verhandeln und durchsetzen können. Eine bessere Schulung darin, wie unser politisches System funktioniert und wie man es mitgestalten kann, kann es kaum geben. Deutlich wird, dass sich stets der Teil der Jugendlichen, der sich beteiligt und engagiert, später auch partei- und gremienpolitisch engagiert. Dass dadurch das Selbstwertgefühl und viele soziale Kompetenzen gefördert werden, ist ein gewünschter Nebeneffekt. Insofern kann Jugendbeteiligung als Brücke dienen auf dem Weg der Jugendlichen in die Gesellschaft und in die gesellschaftliche Verantwortung als erwachsene Bürgerinnen und Bürger. Das wäre dann das Ende der sogenannten „Politikverdrossenheit“.

Die Autorin

Prof. Dr. phil. Claudia Mayer, Professorin für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der FH Aachen, leitet das Communications and Media Research Lab (cm-Lab) am Fachbereich für Elektrotechnik und Informationstechnik der FH Aachen. Ihre Lehr- und Forschungsgebiete umfassen Kommunikations- und Medientheorie, Mediennutzung und Medienwirkung, Unternehmenskommunikation, Bürgerbeteiligung mit Schwerpunkt Jugendpartizipation; Gastprofessuren u. a. an der Université de Montréal (Québec, Kanada), University of Pennsylvania (Philadelphia, USA), Universität Trier.

Die Schulabgängerbefragung YouCheck 2014

Fakten-Check

Die Befragung YouCheck 2014 wurde digital durchgeführt. Eingeladen waren alle weiterführenden Schulen in der StädteRegion Aachen inkl. der Berufskollegs und der Förderschulen. Die Schulen wurden im Vorfeld durch mehrere Anschreiben über das Vorhaben informiert. Die Durchführung sollte im Rahmen des Unterrichts an schuleigenen Computern erfolgen. Die Dauer der Bearbeitung lag bei durchschnittlich 10 bis 15 Minuten.

Da die Umfrage ausschließlich am Computer durchgeführt wurde, ermöglichte eine komplexe, für die Nutzer aber nicht erkennbare Filterführung, die einerseits die Bearbeitungsdauer gezielt verkürzte und dadurch die Akzeptanz der Mitarbeit erhöhte. Andererseits sorgte die Filterung dafür, dass Widersprüche aufgedeckt und unernste Antworten ausgesiebt werden konnten.

Um zu gewährleisten, dass mehrmalige Bearbeitungen und andere missbräuchliche Formen ausgeschlossen werden konnten, erhielt jede Schule eine ausreichende Anzahl von Codes. Jeder Teilnehmer musste als Zugang zur Umfrage einen Code eingeben. Dieses Codesystem ermöglichte eine regionalspezifische Auswertung. Außerdem konnte so den Schulen eine schulspezifische Auswertung erstellt werden. Davon haben etliche Schulen Gebrauch gemacht.

Start von YouCheck 2014 war der 7. Februar 2014 um 00:01 Uhr, Ende war am 25. März 2014 um 23:59 Uhr. In dieser Zeit gingen 3 581 Antworten ein, davon waren 2 878 verwertbar. Gemessen an den 13 845 Schülerinnen und Schülern, die es in der gesamten StädteRegion Aachen gibt, bedeutet das einen Rücklauf von mehr als 26 Prozent. Der Datensatz von bereinigt 2 878 (Rücklauf von 20,79 Prozent) ist der zweithöchste Datensatz, der überhaupt in einer vergleichbaren Schulabgängerbefragung bundesweit bislang erhoben wurde.

Kooperationen

Die Umfrage erfolgte in Kooperation mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen und wurde in ihren Grundzügen im Rahmen einer Steuergruppe konzipiert, an der Vertreter verschiedener Ämter der StädteRegion Aachen, der Fachhochschule (FH) Aachen, der Bezirksregierung Köln sowie der Bezirksschülervertretung beteiligt waren. Das „Communications and Media Research Lab“ der FH Aachen unter der Leitung von Professor Dr. Claudia Mayer entwickelte die Umfrage, führte sie durch und wertete sie aus. Im Vorfeld erfolgten diverse Testläufe bei der Zielgruppe.

Methodik

Die Themengebiete, die Gegenstand der Befragung sein sollten, wurden von einer Steuergruppe zusammengestellt, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ämter der StädteRegion Aachen, der Schülervertretungen und der FH Aachen zusammensetzten. Aufgabe der FH Aachen war es im nächsten Schritt, die Themengebiete in Fragen zu fassen und in einen auf kommunikationstheoretischen Grundlagen basierenden Ablauf zu gießen. Mehrere Probeläufe bei verschiedenen Altersklassen von Jugendlichen dienten dazu, Formulierungen, Antwortvorgaben und andere Aspekte so anzupassen, dass ein möglichst zugangsfreundlicher und verständlicher Fragebogen entstand. Die Reihenfolge der Fragen sowie der Themenblöcke wurde so organisiert, dass unter Berücksichtigung von Aspekten wie zeitliche Dauer, Ermüdungserscheinungen und intrinsische Motivation bei speziellen Themen sichergestellt werden sollte, dass der Anteil von Abbrechern möglichst gering bleibt und dass Gegenprüfungen und Quer-Checks inhaltliche Absicherungen sowie zusätzliche Informationen generierten.

Wer hat geantwortet?

Von insgesamt 73 Schulen haben 45 teilgenommen, also mehr als 60 Prozent und damit ein sehr hoher Wert. Teilgenommen haben mehrheitlich Gymnasien und Berufskollegs, gefolgt von Real- und Hauptschulen. Teilgenommen haben je zur Hälfte männliche und weibliche Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren. Der Anteil derer mit Migrationshintergrund macht insgesamt 23 Prozent aus, wobei der türkische Migrationshintergrund mit 10 Prozent den größten Anteil stellt.

Auswertung

Die Auswertung von YouCheck 2014 erfolgte städteregeionsweit auf Basis aller verwertbaren Antworten, wurde aber auch durchgeführt in Bezug auf einzelne Schulformen, wie sieht es z. B. in den Hauptschulen aus im Vergleich zu den Realschulen und den Gymnasien, in Bezug auf bestimmte Regionen, auf das Geschlecht, auf Migrationshintergrund etc. Außerdem sind dank der digitalen Möglichkeiten zahlreiche Querbezüge zwischen einzelnen Fragen und Themenbereichen möglich.

Zum Mediennutzungsverhalten der Befragten

Einige Fragen in YouCheck 2014 zielten auf das Mediennutzungsverhalten, welches bereits in der Umfrage von 2013 abgefragt wurde. Jetzt ging es darum, das auf Grundlage der Ergebnisse von 2013 entwickelte Mediennutzungs-system erneut abzusichern. In dieser Altersgruppe der 15- bis 18-Jährigen zeigt sich, dass Facebook, WhatsApp und die Schule als Kommunikationsraum besonders genutzt werden. E-Mails – ein vor allem von Lehrerinnen und Lehrern oftmals genutzter Kommunikationskanal – rangieren sogar hinter Flyer und Plakaten und dem persönlichen Treffen. „E-Mail ist Oma“, hieß es in einem Kommentar.

Citizen Science braucht Partizipation!

Beispiel Gesundheitswissenschaften



Annette C. Seibt

Prof. Dr. Dipl.-Päd. Annette C. Seibt, PhD (USA)
 Professorin für Public Health, Gesundheitsförderung und Prävention
 HAW Hamburg
 Fakultät Life Sciences
 Ulmenliet 20,
 21033 Hamburg
 annette.seibt@haw-hamburg.de

Um die direkte Beteiligung von „Citizens“, die genau es zu definieren gälte, wurde in der Politik, in den Wissenschaften, der Pädagogik, der Entwicklungs-„Hilfe“ (heute vermeintlich-adäquater Entwicklungs-„Zusammenarbeit“ genannt) schon immer hart gekämpft. Denn es geht hier um Freiheiten, u. a. von Lehre und Forschung, um Autonomie, um Zukunftsvisionen und auch um Mitgestaltung, Teilhabe, Gerechtigkeit, Lebensqualität, Alltagswissen und Weisheit. Ist für eine zivilgesellschaftliche Weiterentwicklung ein unverstellter Blick durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von außen – oder von oben? – notwendig oder braucht es das Wissen und die Erkenntnisse von Alltagsexpertinnen zu ihrem eigenen Leben und dem ihres Umfelds und ihrer Gesellschaft? Oder geht es um Macht, Privilegien, Prestige und – um viel Geld?

Revolutionen wie die Französische und Reformen entstanden zumeist aus Gruppen sozial Benachteiligter und Ausgeschlossener („Klassenwahlrecht“), von der „anderen Hälfte der Menschheit“, also den Frauen, von Jugendlichen (Altersprivilegien: Konsum alkoholischer Getränke, Führerschein etc.), die mehr Gleichheit und Gerechtigkeit einforderten, nach gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und Gemeinschaft frag(t)en und diese hart und teilweise bis heute noch nicht erkämpft haben. In Forschung und Wissenschaft, hier insbesondere bei deren Finanzierung und inhaltlicher Ausrichtung, stellt sich die Frage nach der Beteiligung von Betroffenen, Probanden, Objekten und in besonderem Maße auch von Kranken

und „Abhängigen“. Auch die Mitbestimmung, z. B. bei der Gestaltung des Umfelds, von Kindern ist immer wieder in der Diskussion.

Dieser Artikel versucht sich dem Thema aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht zu nähern.

Partizipation in den Gesundheitswissenschaften

In den Gesundheitswissenschaften, aus historischen Gründen in Deutschland auch „Public Health“ genannt, besteht seit der Formulierung der Ottawa Charta (1986, von 34 Ländern unterzeichnet) grundsätzlich der Anspruch, die Betroffenen eng in die Planung, Entwicklung, Durchführung und Evaluation von Gesundheitsprojekten einzubeziehen.

Dieser sogenannte vierstufige Public-Health-Aktionszyklus ist u. a. aus der Erkenntnis heraus formuliert worden, dass gesundheitsbezogene Aufklärungs- und Informationskampagnen im Laufe ihrer ca. 100-jährigen Geschichte (mit wenigen Ausnahmen) haarscharf an den Bedarfen der am stärksten Betroffenen vorbeigegangen sind. Zunächst fokussierten zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Kampagnen z. B. auf Moral (sittliches Verhalten) und Prohibition (Alkohol) – ein mittelschichtorientiertes Konzept, das angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Armut für diejenigen in engsten Wohn- und erdrückenden Arbeitsbedingungen wenig frei zu wählende Lebensstil-Alternativen bot.

Sind Kinder, sozial Benachteiligte und lokal Verwurzelte auch für die Wissenschaft Expertinnen für die Gestaltung der Gesellschaft? Oder soll die „freie Wissenschaft“ ihre Lebensqualität bestimmen?

Im Dritten Reich diente das „Volksgesundheitskonzept“ der Ausgrenzung und Ermordung derjenigen Menschen, die nicht der Ideologie des „gesunden Volkskörpers“ entsprachen. Ab den 1950er-Jahren wurde der Ansatz der pragmatisch-kognitiven „gesundheitlichen Aufklärung“ entwickelt, der durch Statistiken und Sachlichkeit auf „Gesundheitsgefahren“ aufmerksam machte. Auf die Frauengesundheitsbewegung der 1970er-Jahre (Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, Abkehr von der technokratischen Medizin und männlich-ärztlichen Dominanz etc.) folgte in den 1980- bis 90er-Jahren, zeitlich parallel mit dem Aufkommen von HIV/AIDS, die Männergesundheit. Präventionsprogramme der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wie „Mach's mit!“ konnten sich mit ihren Postulaten der Partizipation und Selbstbestimmung bereits aus der Ottawa-Charta heraus konzeptionalisieren lassen. Da die forschend-praktische Arbeit der Prävention/Gesundheitsförderung immer eine Veränderung mit sich zieht, für die im Zeitverlauf neue Erkenntnisse, veränderte Einstellungen und neues Verhalten stehen, kann Erfolg einer

Intervention nur über „das Mitmachen“ der Betroffenen definiert werden. Faktisch bedeutet dies, dass der Grundsatz der Partizipation in den angewandten Gesundheitswissenschaften eine Condition sine qua non ausmacht.

Bürgerinnenbeteiligung

Für Beteiligungen in gesundheitsbezogenen Projekten haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin ein neunstufiges Modell zur Beurteilung von Partizipation mit Anhaltspunkten dazu vorgestellt, ob eine Beteiligung tatsächlich stattfindet – und nach welchen Maßstäben diese Beteiligung als gelungen bewertet werden kann (Wright, Block, von Heller, 2007). Dabei sei Partizipation kein Entweder-oder, sondern ein Entwicklungsprozess, für den vor einer direkten Beteiligung zunächst Vorstufen realisiert werden müssen. Mit diesem Modell sind der Grad der erreichten Partizipation einzuschätzen und Möglichkeiten zur Steigerung zu erkennen.

Auf den beiden Stufen 1 und 2 der Tabelle sind die Mitglieder der Zielgruppe „Teilnehmerinnen“. Im Mittelpunkt

stehen jedoch die Interessen der Entscheidungsträger. Diese Stufe wird häufig aus der Einstellung heraus eingenommen, dass die Betroffenen als unaufgeklärt und benachteiligt wahrgenommen werden und dass die Defizite durch „ihre Beforschung“ (als Datenlieferanten) mit anschließender Behandlung zu ihrem Besseren (richtiges Verhalten) durch Professionelle ausgeglichen werden könnten.

Stufe 3 macht die Informationsvermittlung aus, wobei die Professionellen über die bestehende Problemlage und das Hilfsangebot – in vermeintlich guter Absicht – bereits entschieden haben.

Auf Stufe 4 wird die Zielgruppe angehört und es besteht Interesse an ihrer Sicht, aber sie haben keine Macht darüber, ob ihre Meinungen auch aufgegriffen werden.

Auf Stufe 5 nehmen Vertreter der Zielgruppe formal an Entscheidungsprozessen teil. Die Bindung an die Entscheidungen bleibt jedoch offen.

Ab Stufe 6 wird von realer Partizipation gesprochen. Hier werden Rücksprachen gehalten, ein Mitspracherecht ist vorgesehen und wird wahrgenommen, es wird verhandelt, jedoch auf beiden Seiten ohne einseitige Entscheidungsbefugnis.

Auf Stufe 7 ist sichergestellt, dass die Entscheidungskompetenz der Zielgruppe miteinbezogen wird, wenn auch ggf. beschränkt auf einzelne Aspekte des Projekts. Obwohl der Anstoß für Interventionen von anderen außerhalb der Zielgruppe kommt, sollen bestimmte Entscheidungen ausschließlich von der Zielgruppe getroffen werden.

Stufe 9	Selbstständige Organisation	Über Partizipation hinaus
Stufe 8	Entscheidungs- und Kontrollmacht	Partizipation
Stufe 7	Teilweise Entscheidungskompetenz	
Stufe 6	Mitbestimmung	
Stufe 5	Einbeziehung/Entwicklung von Beschwerdeinstanzen	Vorstufen der Partizipation
Stufe 4	Anhörung/Beirat	
Stufe 3	Information	
Stufe 2	Erziehen und Behandeln	keine Partizipation
Stufe 1	Instrumentalisierung, Manipulation	

Tabelle: Stufenmodell der Partizipation, ursprünglich von der Forschungsgruppe Public Health im WZ Berlin für Sozialforschung und Gesundheit Berlin e. V. für den Gesundheitsbereich entwickelt, aber auch auf andere Wissenschaftsbereiche übertragbar. Quelle: Wright, Block, von Unger, 2007.

Auf Stufe 8 werden Projekte, die häufig aus Eigeninitiative und aus eigener Betroffenheit heraus entstanden sind, auch von anderen außerhalb der Zielgruppe begleitet, evaluiert und/oder betreut. Die Entscheidungen werden jedoch von der Zielgruppe eigenständig und eigenverantwortlich getroffen.

Stufe 9 entspricht der Selbst-Organisation. Die Verantwortung zu allen Aspekten der Planung und Durchführung liegt in den Händen der Zielgruppe. Ausprägungen für diese Stufe sind z. B. die Bürgerinitiativen im sozialen und Umweltbereich oder die Selbsthilfegruppen, z. B. Anonyme Alkoholiker, deren 12-Schritte-Programm auf andere Süchte und Probleme übertragen wurde.

Im Mittelpunkt steht das Grundprinzip, dass Partizipation Entscheidungsmacht bedeutet. Je größer die Entscheidungsmacht einer Gruppe, desto größer der Grad an Partizipation. Die Erkenntnis stammt aus den US-amerikanischen Stadtentwicklungsprogrammen der 1960er-Jahre (Arnstein, 1969).

Projektplanung mit Bürgerinnenbeteiligung – das Precede/Proceed-Modell

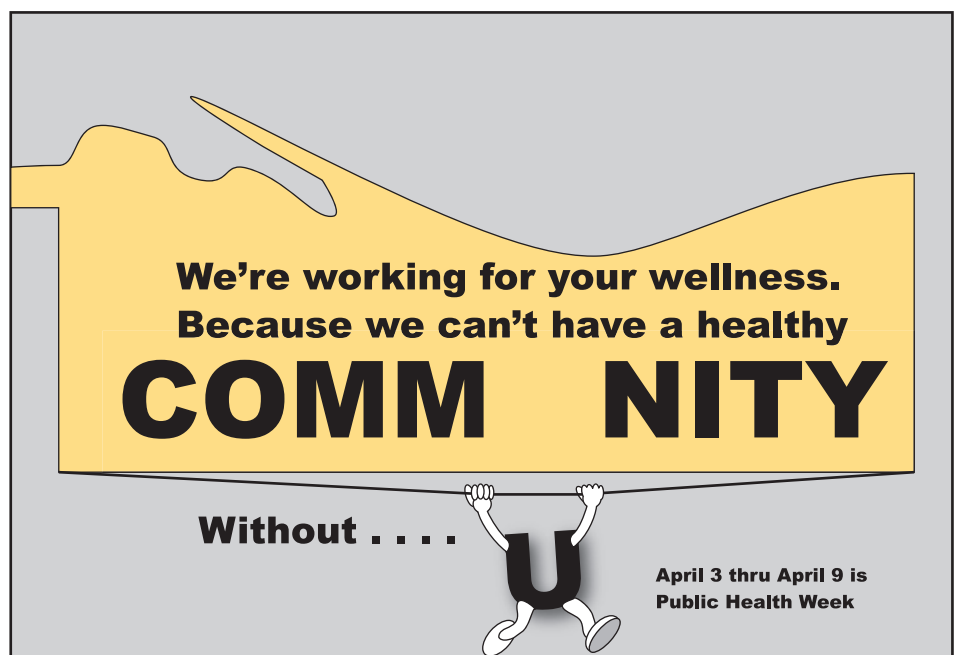
Als Modell zur systematischen Entwicklung und Evaluation von Programmen der Gesundheitsförderung soll hier beispielhaft das Precede/Proceed-Modell vorgestellt werden. Es bietet den strukturellen Rahmen für eine partizipative Bedarfs- sowie ergebnisorientierte Planung und Durchführung, wofür es eine Beteiligung braucht. Precede steht als Acronym der englischen Begriffe „Pre-disposing, Reinforcing and Enabling Causes in Educational Diagnosis and Evaluation“, was so viel bedeutet wie in Zeit- oder Reihenfolge vorangehen. Das Modell sieht für jedes Interventionsprojekt zunächst eine Diagnose der Ausgangslage vor. In diesen mehrphasigen Diagnoseprozess werden die Betroffenen aktiv einbezogen. Damit ist Precede/Proceed ein explizit partizipatorisches Planungsmodell.

Zu Beginn der modellgeleiteten Planungsphase wird die Aufmerksamkeit auf das übergeordnete und gewünschte (End-)Ergebnis eines Programms gerichtet. Nicht das „Wie machen wir's?“ (Strategie) oder „Was machen wir?“ (Vorgehen), sondern das umfassend formulierte „Warum kann und soll das Programm dazu beitragen, die Gesundheit einer Population zu verbessern?“ ist dabei die Ausgangsfrage. Nach der Formulierung der gewünschten Ergebnisse wird planmäßig zu den originären Ursachen zurückgearbeitet, die jeweiligen Einflüsse systematisch abgeleitet und detailliert ausformuliert.

Somit macht diese Phase 1 die Soziale Diagnose aus. Ihr Fokus sind die von Community-Mitgliedern subjektiv beschriebenen Problematiken, die diese als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität benennen. Mögliche – oft sehr vielfältige – Themen sind z. B. schwierige Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse, Kriminalität, strukturelle Diskriminierung, Analphabetismus, Arbeitslosigkeit,

soziale Infrastruktur. Methoden der Erhebung sind Fokusgruppen, Befragungen, teilnehmende oder nicht beeinflussende Beobachtungen etc. In dieser Phase wird die allgemeine Lebensqualität erhoben und neben den Problemen auch die Ressourcen und Prioritäten erfasst.

In Phase 2, der *Epidemiologischen Diagnose*, werden Statistiken und Daten der Stadtteil- und Gesundheitsberichterstattung herangezogen, die mit den in Phase 1 genannten Themen in Verbindung stehen (könnten). Beispiele sind Mortalitäts- und Morbiditätsraten, Prävalenzen und Inzidenzen von Risikofaktoren oder auch soziale Kosten. Ein Abgleich der Ergebnisse von Phase 1 und 2 verhindert, dass Projekte entwickelt werden, die von den Betroffenen als unwichtig angesehen werden.



U, gesprochen: You (= DU) bist Teil der Community, und ohne DICH geht gar nichts! Seit 1995 ist in den USA jeweils Anfang April die Public Health-Week, während der Gesundheitsthemen auf die oberste Agenda der Medien und Institutionen gesetzt werden. Dieses Bild symbolisiert die unbedingte Teilnahme und Teilhabe der einzelnen Bürgerinnen und Bürger an diesen Events. Quelle: aus einem Stadtteilmagazin von Houston, Texas, ca. Mitte der 90er-Jahre, ausgeschnitten von der Autorin.

In Phase 3, der *Verhaltens- und Umwelt-diagnose*, werden diejenigen verhaltens-, lebensstil- bzw. umweltbezogenen Faktoren identifiziert, die mit den in Phase 1 und 2 als dringlich erkannten Problemen zusammenhängen, da das Projekt auf diese Faktoren ausgerichtet werden muss. Hierbei sollte nach Alter, Geschlecht, sozialökonomischem Status, Ethnizität etc. ausdifferenziert werden. Beispiele für *verhaltens- bzw. lebensstilbezogene Faktoren* können u. a. Kauf- und Konsumverhalten, Einstellung zu Prävention und Vorsorge, eigenes Gesundheitsverhalten und Hygiene, Nutzung von Dienstleistungen und Einrichtungen sein. Als *umweltbezogene Faktoren* sind solche definiert, die grundsätzlich veränderbar sind, jedoch außerhalb der Kontrolle des Individuums liegen und von diesem nur schwer beeinflusst werden können. Dazu zählen Einflüsse der direkten Umwelt, existierende Organisationen und Einrichtungen, die Community mit ihren politischen, physischen und ökologischen Strukturen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Als Beispiel sei hier der Ernährungszustand von Kindern genannt, was ein Ergebnis des Kauf- und Essverhaltens gekoppelt mit dem Angebot z. B. der Schulkantine sein kann.

Das Modell umfasst weiterhin Phase 4, die *Erziehungs- und Umweltdiagnose*, und Phase 5, die *administrative und politische Diagnose*, wo der Schwerpunkt auf der Abwägung und Bemessung von Verwaltungsfähigkeiten sowie politischen und finanziellen Ressourcen liegt. Es folgt als Phase 6 die *Durchführungsphase* sowie drei Evaluationsphasen. Für jede Phase ist Beteiligung vorgesehen, für die Evaluationen insbesondere auch die Auswahl der Kriterien für Erfolg bzw. Nicht-Erfolg (Seibt, 2011).

Das Modell geht von der Annahme aus, dass Gesundheit und Gesundheitsrisiken nur durch multisektorale und

-dimensionale Anstrengungen beeinflusst werden können. Das Modell ist in Hunderten von Programmen auf lokaler, regionaler sowie internationaler Ebene genutzt worden und hat sich als sehr robust erwiesen.

Praxisbeispiel einer Sozialdiagnose mit aktiver Beteiligung von Hort-Kindern

Ziel dieses Forschungsprojekts war es, mit gesundheitswissenschaftlichem Instrumentarium Kinder nach der Einschätzungen zu ihrem Wohlbefinden und ihren Zukunftswünschen in einem eher kinderignorierenden, in den 1970er-Jahren erbauten Stadtteil in Hamburg zu befragen, um ihre Aussagen in ein zu entwickelndes Stadtteilkonzept einfließen zu lassen. Dieser Ansatz war ein erster Schritt für die Stärkung der Rechte und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Gemeinwesen, was u. a. von der „Konvention über die Rechte des Kindes“ der Vereinten Nationen gefordert wurde.

Zunächst analysierten Studierende eines Fachprojekts Daten vom Statistischen Landesamt (epidemiologische Phase des Precede-Modells). In unterschiedlichen Kitas wurden dann mit jeweils zwei Mädchen- und zwei Jungengruppen Gruppengespräche durchgeführt, die auf Tonband aufgenommen wurden. Parallel fanden im Stadtteil mehrere Begehungen aus Kinderaughöhe zum „Draußen-Sein“ statt. Die Kinder erhielten einen Fotoapparat und knipsten die Orte, an denen sie sich am wohlsten fühlten bzw. wo sie sich nicht gerne aufhielten, z. B. in Unterführungen oder auf leeren Rasenflächen. Zur Validierung der Bedeutung und Aussagekraft der Fotos wurden die örtlichen „Hotspots“ unter derselben Fragestellung zusätzlich noch gemalt und die Texte transkribiert (Triangulation).

Ergebnisse

Die 10 Mädchen und 9 Jungen waren zwischen 6 und 13 Jahre alt. Genervt hatten alle Kinder die schmutzigen, kaputten Spielplätze, die teilweise mit Hundedreck verunreinigt waren. Und sie wollten weniger Verkehr. Die Mädchen wünschten sich viel Platz für Aktivitäten draußen, ein Spielehaus auch zum Essen und Trinken mit Kuschelecken, mit Tieren zum Streicheln, wie die Aussagen und Bilder deutlich machten. Die Mädchen dachten für andere mit (verschiedene Rutschen für große und für kleine Kinder, sie wollten eine große graue Fläche „sowohl zum Tennisplatz als auch zum Fußballplatz für die Jungen“ umbauen), sie zeigten Bezug zu ihrer Umgebung, machten sich Sorgen um die Bäume und die Umwelt. Viele Mädchen waren auch vom Verhalten der Jungen verärgert, die „nervten“. Die Jungen waren deutlich mehr auf „Drinne“ fixiert, spielten lieber Spielnetzwerke und im Internet. Auffallend war bei den Aussagen der höhere Differenzierungsgrad der Mädchen im Vergleich zu den Jungen. Die Mädchen sprachen auch weitergehende Probleme an wie Sorge um die Natur; explizite Aussagen der Jungen waren immer wieder: „Rausgehen und Mädchen ärgern“, wobei es nicht um Kontaktaufnahme zu gehen schien, sondern um Platzhaltung und Macht.

Implikationen

Wie diese Semesterstudie zeigt, können Kinder bei der Analyse zur zukünftigen Gestaltung eines Stadtteils sehr differenziert, auch geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche in Worten, Fotos und gemalten Bildern äußern. Sie sind somit vollwertig parti-

zipierende Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner und sollten an diesen zukunftsweisenden Entwicklungsprozessen beteiligt werden.

Tendenzen – jedoch rückwärts!

„Kleine Forschungsprojekte“, z. B. mit Studierenden eines Fachprojekts (s. o.), sind in den letzten Jahren schwieriger bis unmöglich geworden. Kleinräumliche Forschung mit Kindern oder Forschung mit sozial Benachteiligten oder Obdachlosen, die keine Drittmittel einbringen (!), sind in den Anforderungskatalogen der Fördererinstitutionen der EU oder der DFG nicht mehr vorgesehen. Selbst scheinbar lokal ausgerichtete Förderinstitutionen wie die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ (AIF) fordern inzwischen vorab so viele Bestätigungen und Verbindlichkeiten, die kleine Praxisvereine oder Abteilungen öffentlicher Einrichtungen wie ein Gesundheitsamt oder eine Schulbehörde aufgrund des Zeit- und administrativen Abklärungsaufwands nicht mehr leisten können.

Dies bedeutet, dass forschend Lehrende an Hochschulen mit dem Wunsch nach Verankerung zu lokalen Praxiseinrichtungen durch die „absichernden“ vermeintlichen Geldgeber, hier geht es oft um weniger als 1 000 Euro, aber auch der Öffentliche Gesundheitsdienst hat kein Geld, abgehalten werden, die „Unwägbarkeiten“ der partizipativen Forschung mit den Betroffenen überhaupt aufzunehmen. Auch innerhalb der Hochschulen sind lehrend Forschende zunehmend in der Pflicht, mit möglichst vielen anderen Einheiten wie Departments, Fakultäten und mehreren Hochschulen vernetzt zusammenzuarbeiten. In der Theorie mag eine derartige Zusammenarbeit erweiternd sein, aber in der semesterbegrenzten Praxis

ist durch andere Standorte, Betriebskulturen, unterschiedliche Abrechnungsmodalitäten etc. die „Zwangsverheiratung“ insbesondere für kleine, zeitlich auf vier bis zehn Monate begrenzte lokale Lehrforschungsprojekte nicht umsetzbar.

Für die Gesellschaft bedeutet dies, dass die lokal verankerte Partizipation für die Forschung und Lehre zwar durchaus wünschenswert ist, strukturell durch die Bedingungen jedoch zunehmend verhindert wird. Dadurch wird faktisch die Freiheit von Forschung eingeschränkt und auf „große“ Projekte und ihre etablierten Wissenschaftsgruppen mit bereits vorhandener Ausstattung und langer Vorlaufzeit für die Beantragung beschränkt, was die „Citizens“ der Zivilgesellschaft in Stadtteilen oder in Settings wie Kitas oder Schulen zunehmend ausgrenzt, ihre Partizipation verhindert und die Demokratisierung aushöhlt. ■

Literatur

- Arnstein, Shelly: A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners No. 4, 1969, S. 216–224.
- Green, Lawrence W; Kreuter, Marshall W: Health Promotion Planning: An Educational and Ecological Approach, 4th ed., NY: McGraw-Hill, 2005.
- Wright, Michael; Block, Martina Block; von Unger, Hella: Gesundheit Berlin (Hrsg.): Dokumentation 13. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit. Berlin 2007.
- Seibt, Annette C.: Gesundheitliches Wohlbefinden von Hamburger Kindern – Eine Bedarfsanalyse von 6- und 13-Jährigen im Stadtteil Stellingen-Süd. Institut für Gesundheitswissenschaften, Hamburg 2005.
- Seibt, Annette C.: Precede/Proceed-Modell – Theorien und Modelle – Planung und Durchführung. In: BZgA, (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention – Glossar. 2011, S. 448–452.
- Wright, Michael T: Partizipative Gesundheitsforschung als wissenschaftliche Grundlage für eine partizipative Praxis. In: Rosenbrock, Rolf; Hartung, Susanne (Hrsg.) (2012): Handbuch Partizipation und Gesundheit, Huber Verlag, S. 418–428.

Handbuch Bürgerbeteiligung

Ob „Stuttgart 21“, Energiewende oder die Umgestaltung eines Stadtplatzes – Bürgerinnen und Bürger engagieren sich mehr denn je und suchen nach neuen Wegen der Mitwirkung sowie der politischen Partizipation. Keine Mandatsträgerin, kein Verwaltungsmitarbeiter kann es sich noch leisten, diese kraftvolle Bewegung zu ignorieren. Das Handbuch Bürgerbeteiligung bietet eine umfassende Informationsquelle sowie einen praxisnahen Einstieg in das Thema. Es stellt pointiert die Relevanz von dialogorientierter Bürgerbeteiligung in der modernen Demokratie dar und liefert einen strukturierten Überblick über die derzeit prominentesten Verfahren sowohl der klassischen Präsenz- als auch der internetgestützten Beteiligung: Wie funktionieren sie? Wie lange dauern sie und wer kann daran teilnehmen? Für welche Themen eignen sie sich und wo geraten sie an welche Grenzen? Wer sind relevante Akteure und Organisationen? Eine abschließende vergleichende Bewertung hilft zu entscheiden, welches Verfahren für welche Situation am besten geeignet ist.

Das Handbuch erscheint in gedruckter Form sowie zum Download im PDF- oder im epub-Format. Die gedruckte Fassung ist derzeit vergriffen; der Link zum Download lautet: <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligung>

Eine überarbeitete Fassung ist für den Herbst 2015 angekündigt.

Bundeszentrale für politische Bildung

Literaturtip

Patrizia Nanz, Miriam Fritsche: Handbuch Bürgerbeteiligung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1200, Bonn 2012.

HAW Hamburg

„Sharing knowledge and experiences“: Flüchtlinge als Gasthörer an der HAW Hamburg

Studierende des Department Wirtschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) haben ein Konzept entwickelt, das es zirka 30 jungen Flüchtlingen ermöglicht, als Gasthörer und Gasthörerinnen an ausgewählten, in englischer Sprache abgehaltenen Veranstaltungen der HAW Hamburg teilzunehmen. Der Ansatz sieht vor, dass die Flüchtlinge von HAW-Studierenden im Rahmen eines Buddy-Programms begleitet werden. Ziel ist es, den Austausch und das Lernen von- und miteinander zu fördern und den Flüchtlingen einen Eindruck von einem Studium an einer deutschen Hochschule zu vermitteln.

Vier Fragen an die Organisatorin des Gasthörer-Programms „Sharing knowledge and experiences“ für Flüchtlinge, Prof. Dr. Adelheid Iken, Professorin für Interkulturelle Kommunikation am Department Wirtschaft der HAW Hamburg



Adelheid Iken

Was ist Ihre persönliche Motivation, sich als Professorin für interkulturelle Kommunikation für diese Gruppe von Flüchtlingen einzusetzen?

Ich habe mich immer als Brückenbauerin zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen gesehen. Dabei ist es mein Wunsch, Grundlagen zu vermitteln, die es ermöglichen, eine Basis der Verständigung zu entwickeln, um Gemeinsamkeiten auszuloten und zu lernen, mit den Unterschieden umzugehen. Die Vorstellung, dass junge Menschen ihr Land verlassen, ihr Studium aufgeben und mit all ihren Ressourcen und Wünschen für die Zukunft nun

hier oft monatelang tatenlos warten, beschäftigt mich als Professorin dabei besonders.

Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach die HAW Hamburg?

Es liegt doch nahe, dass wir uns als Hochschule in dem Bereich engagieren, in dem wir gut sind und viel anzubieten haben, nämlich junge Menschen auszubilden. Es ist zwar nur der berühmte kleine Tropfen auf dem heißen Stein, wenn in diesem Semester 30 junge Flüchtlinge bei uns als Gasthörer einige Seminare belegen können. Aber es ist dennoch ein Beitrag, damit Flüchtlinge in unserer Gesellschaft ankommen können. Und wenn es uns beispielsweise darüber hinaus gelingt, dem Flüchtling die Wartezeit zu verkürzen, bis der eine oder andere ein Studium aufnehmen kann und dann schon einmal weiß, wie das Lehren und Lernen hier funktioniert, ist das doch ein erster Schritt.

Inwieweit müssen sich Ihrer Meinung nach Lehrangebote in Ihrem Lehrgebiet Außenwirtschaft/Internationales Management mit dieser neuen Situation auseinandersetzen?

Wenn ich Ihre Frage aus einem globalen Blickwinkel heraus betrachte, wird sich durch die Anwesenheit von jungen Flüchtlingen an der Lehre an sich nichts ändern, zumal wir uns als eine internationale Hochschule verstehen. Der Studiengang Außenwirtschaft/Internationales Management ist dabei ein gutes Beispiel für ein international ausgerichtetes Lehrangebot. Ein großer Teil unserer Studierenden hat zudem Auslandsbezüge durch Praktika und Auslandssemester, fühlt sich in mehr als einer Kultur beheimatet oder hat eine eigene Migrationsgeschichte. Daraus ergibt sich ja bereits die Herausforderung zu schauen, wie wir mit dieser Vielfalt umgehen und vor allem, wie wir die damit verbundenen Ressourcen in der Lehre nutzen können. Auch können Flüchtlinge, die vielfach aus Kulturen kommen, über die wir wenig wissen

und mit denen wir wenig vertraut sind, sicher Impulse geben, die dazu beitragen, unsere Curricula zu internationalisieren. Spontan fallen mir da kurze Fallstudien ein, die ein interkulturelles Missverständnis behandeln und in die Erfahrungen von Flüchtlingen einfließen können. Oder die Durchführung von Simulationen, in denen Studierende üben, verschiedene Perspektiven einzunehmen.

Wie kann man sich ein entsprechendes Screening der Flüchtlinge vorstellen, um die passenden Gasthörer zu identifizieren?

Neben den Teilnahmevoraussetzungen wie Aufenthaltsstatus, englische Sprachkenntnisse und Studiererfahrung stand für uns vor allem im Vordergrund, wie wir aus der Projektidee ein Projekt machen, an dem Studierende der HAW Hamburg beteiligt sind. Und indem es zu einer Begegnung und einem Austausch zwischen den hiesigen Studierenden und den Flüchtlingen kommt. Da konnten wir natürlich wunderbar auf Erfahrungen zurückgreifen, die wir mit internationalen Studierenden machen. Und was uns auch wichtig war: die Studierenden in die Planung unmittelbar einzubinden, sozusagen in der Praxis lernen zu lassen. Die Studierenden haben beispielsweise Interviews mit Professoren und Professorinnen geführt, die Eingangsvoraussetzungen abgefragt und ein Modulhandbuch zusammengestellt, das in die verfügbaren Veranstaltungen einführt. Aus diesem Handbuch suchen sich Flüchtlinge im nächsten Semester vier Veranstaltungen heraus und im Rahmen eines ‚Matchings‘ werden dann Interessen und vorhandene Kapazitäten zusammengeführt. Wir werden aber mit Sicherheit auch noch viel lernen müssen und haben daher bewusst in der Mitte des Semesters eine Zwischenevaluation eingebaut, die uns helfen wird, mit allen Beteiligten zu schauen, was gut läuft, aber auch was man vielleicht anders machen sollte.

HAW Hamburg

Promotion an Fachhochschulen?



Manfred Mai

Dr. phil. Dipl.-Ing. (FH)
Manfred Mai
Ministerialrat und apl. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen
Lotharstr. 65
47057 Duisburg
www.uni-due.de/politik/mai.php

Die Geschichte der Fachhochschule ist auch die Geschichte ihrer Ambitionen. Trotz aller Unterschiede zu den Universitäten forderte sie Rechte, die zunächst nur letztere zugestanden wurden. So z. B. in den 1980er-Jahren das Recht zur Verleihung des Diplomtittels und in letzter Zeit zunehmend das Promotionsrecht. Ihrer Gründung 1971 gingen jahrelange Auseinandersetzungen über den künftigen Status der Vorgängereinrichtungen voraus. Schließlich einigten sich die Bundesländer auch nach massivem Druck der Ingenieurschüler und -verbände darauf, die Ingenieurschulen zu Fachhochschulen aufzuwerten und in das Hochschulsystem zu integrieren (Mayer 1997). Schon damals wurde über das Forschungs- und Promotionsrecht der Fachhochschulen gestritten.

Dabei haben im technischen Bereich Fachhochschulen und Technische Hochschulen gemeinsame Wurzeln (König 1981). Als „Höhere Technische Lehranstalten“ oder „Polytechnische Schulen“ nach dem Vorbild der Pariser „École Polytechnique“ standen sie im 19. Jahrhundert stets im Schatten der Universitäten, die in ihnen nur „Klempnerakademien“ sahen. Der Stachel sitzt also zumindest bei den Ingenieurfächern, die nach wie vor einen erheblichen Teil der Fachhochschulen bilden, tief. Bis in die 1980er-Jahre hinein wurde die Hierarchie zwischen Universitäten und Fachhochschulen ebenso wenig infrage gestellt wie die Hierarchie ihrer jeweiligen Absolventen. Viele graduierte Ingenieure und Betriebswirte wechselten zum weiteren Studium – nicht immer in der gleichen Fachrichtung – an die Universitäten, obwohl Fachhochschulen auch deshalb gegründet wurden, um die Universitäten zu

entlasten. Aber das Diplom der Universitäten wog damals schwerer als die Graduierung an den Fachhochschulen. Das begründete zeitweise den Ruf der Fachhochschulen als „Durchlauferhitze“ auf dem Weg zur Universität. Es kann heute kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die Fachhochschulen eine attraktive Alternative zu den Universitäten sind. Der Wissenschaftsrat (2010) hat ihren Stellenwert im Hochschulsystem mehrfach gewürdigt. Wozu brauchen sie dann das Promotionsrecht?

Unterschiedliche Anforderungen an Dissertation

Die überwiegend hochschulrechtlich und -politisch geführte Diskussion über das Promotionsrecht an Fachhochschulen übersieht die Eigenheiten der jeweiligen Fächer. Die Anforderungen an eine Dissertation sind in Fächern wie Medizin, Geschichte, Chemie, Sozial- oder Wirtschaftswissenschaften sehr unterschiedlich. Da sind die Fälle einiger medizinischer Dissertationen Wasser auf die Mühlen derjenigen, die das Promotionsrecht für die Fachhochschulen fordern. Es könne doch nicht sein, dass nur wenige Seiten umfassende Abhandlungen als Dissertation anerkannt werden, nicht aber eine jahrelange Entwicklungsarbeit im Maschinenbau. Jede Ingenieurschularbeit aus den 1960er-Jahren ist vermutlich gehaltvoller als die Dissertation einer Medizinerin über die „Naturmedizin gegen Impotenz im mittelalterlichen Persien“ mit dem Umfang vor nur drei Seiten. In der Presse machte diese Dissertation Karriere als kürzeste Dissertation aller Zeiten.

Es geht beim Promotionsrecht nicht nur um hochschulrechtliche Fragen – es geht um die gesellschaftliche Anerkennung angewandter und praxisorientierter Forschung und Lehre.

„Drei Seiten, eine Tabelle, eine Abbildung: Dieses extrem kurze akademische Stück brachte einer Studentin der Uni Münster den begehrten Dokortitel. Das Thema: ‚Naturmedizin gegen Impotenz im mittelalterlichen Persien‘. Die kurze Zusammenfassung: Was konnten Ärzte im mittelalterlichen Persien naturmedizinisch gegen die Impotenz des Mannes tun.“ (Frankfurter Rundschau vom 4. Mai 2015) Dabei wurde von der Autorin und den Gutachtern auch noch ein Druckfehler übersehen: Im Text ist von einer „mail population“ die Rede. Gemeint ist aber die „male population“ – also die männliche Bevölkerung. Annette Grüters-Kieslich, ehemalige Dekanin der Berliner Charité und Vizepräsidentin des Medizinischen Fakultätentages, erklärt in einem Gespräch mit der ZEIT am 24.12.2014, dass sie den herkömmlichen medizinischen Dokortitel gern abgeschafft hätte: „Nur wer nach drei Jahren Forschung eine echte wissenschaftliche Arbeit vorlegt, sollte promoviert werden. So wie es im Ausland üblich ist, wie es auch in allen anderen wissenschaftlichen Fächern in Deutschland gehandhabt wird. [...] Leider konnte ich mich mit dem Vorhaben nicht durchsetzen. [...] Ich habe als Dekanin alle Promotionsurkunden unterzeichnet und die Themen gelesen. Da habe ich mich schon manches Mal gefragt, ob eine Doktorarbeit die Medizin wirklich weiterbringt.“ 2004 resümiert der Wissenschaftsrat, dass „medizinische Dissertationen und Habilitationen, abgesehen von den auch hier existierenden hervorragenden Arbeiten, [...] oftmals nicht das wissenschaftliche Niveau, das in anderen Disziplinen üblich ist, [erreichen]“. 2009 stellt der Wissenschaftsrat zudem fest: „Der medizinische Doktorgrad dient vornehmlich als Berufsbezeichnung.“ Es geht nicht darum, die Qualität medizinischer Dissertationen generell herabzusetzen. Auch in anderen Fächern ließen

sich Beispiele für scheinbar abwegige Dissertationsthemen und fragwürdige Promotionsverfahren finden. Es macht wenig Sinn, die unterschiedlichen Maßstäbe der Fächer gegeneinander auszuspielen, die zum Traditionsbestand und Selbstverständnis eines jeden Faches gehören. Schlechte Beispiele aus bestimmten Fakultäten können kein Argument für das Promotionsrecht an Fachhochschulen sein.

Mit der Verleihung des Doktorgrades ist immer auch die Wertschätzung einer entsprechenden Arbeit über die Fachgemeinschaft hinaus verbunden. Deshalb ist es für die Wertschätzung angewandter Wissenschaft in der Gesellschaft wichtig, auch den Fachhochschulen dieses Recht zuzugestehen. Den damaligen Technischen Hochschulen ging es bei der Forderung nach dem Promotionsrecht um die Anerkennung der Technik als eigenständige Wissenschaft und ihrer Absolventen als Akademiker. Die heutige Anerkennung der angewandten Wissenschaft wäre daher nur zeitgemäß.

In den letzten Jahren hat sich bei diesem Thema viel bewegt und längst können Absolventen von Fachhochschulen promovieren. Ob Absolventen eines Masterstudiums im Ingenieurbereich an einer Fachhochschule ausschließlich von Professoren ohne Kooperation mit Universitäten promovieren können, ist auch eine Frage nach dem Stellenwert, den die Politik der Technik einräumt. Hier prallen zwei Welten und zwei Kulturen aufeinander: Aus der Sicht der Ingenieure ist z. B. die Entwicklung eines neuen technischen Verfahrens wertvoller als eine Studie über philosophische Fragen. Umgekehrt ist aus der

Sicht geisteswissenschaftlicher Absolventen – ganz in der Humboldt’schen Tradition – Nützlichkeit kein Maßstab für Wissenschaftlichkeit.

Dieser Streit über das richtige Verständnis von Wissenschaft war schon Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den Universitäten und den Technischen Hochschulen entbrannt und spielte eine wichtige Rolle bei der Frage nach dem Promotionsrecht der TH, das sie erst 1899 erhielten. Kaiser Wilhelm setzte es gegen den Widerstand der Universitäten durch. Immerhin erreichten die Universitäten, dass der „Doktor-Ingenieur“ nur in Fraktur und mit Bindestrich (Dr.-Ing.) geschrieben werden durfte, um ihn nicht mit den „richtigen“ Dokortiteln zu verwechseln. Ingenieurwissenschaften galten damals bestenfalls als angewandte Naturwissenschaft mit vielen Faustregeln, von denen man oft nur weiß, dass sie funktionieren, aber nicht, warum (Zweckbronner 1980).

Die fachspezifischen Anforderungen an eine Dissertation sind bei der Frage nach dem Promotionsrecht der Fachhochschulen mindestens so wichtig wie die Frage nach dem hochschulrechtlichen Status unterschiedlicher Hochschultypen.

Der Maßstab der Wissenschaftlichkeit, wie sie die Geistes- und Rechtswissenschaften in ihren Dissertationen erwarten, hilft in der Frage nach dem Promotionsrecht an Fachhochschulen nicht weiter. Technische und naturwissenschaftliche Fächer kennen nicht den Pluralismus von Diskursen, Schulen, Paradigmen oder Methoden, wie er für andere Fächer typisch ist. In der Technik gibt es keinen „Diskurs“ etwa über

die Grundlagen der Elektrotechnik, sondern es gibt jeweils anerkannte technische Normen und den „Stand der Technik“. Von daher ist der Beitrag eines FH-Ingenieurs zur Lösung eines fertigungstechnischen Problems durchaus promotionswürdig, obwohl es aus der Sicht eines Germanisten nur das Hobeln von Blechen ist. Es geht nicht nur um die Frage, ob Ingenieure oder Betriebswirte an Fachhochschulen auch ohne Kooperation mit Universitäten promovieren können, sondern es geht bei der Frage nach dem Promotionsrecht an Fachhochschulen auch um die Anerkennung der Besonderheiten praxisorientierter Fächer.

Die Frage nach einer Promotionsmöglichkeit stellt sich für die sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächer an den Fachhochschulen anders. Im Unterschied zu den Absolventen der Ingenieurfächer schwimmen hier nicht die Tätigkeitsfelder ineinander und die Studieninhalte bauen auch nicht unbedingt aufeinander auf. Ein Politikwissenschaftler wird nicht ohne Weiteres als Streetworker arbeiten können und umgekehrt ein Sozialarbeiter nicht als Wahlforscher. Studierende der Sozialarbeit und -pädagogik erlernen viel berufspraktisches Wissen, sozialrechtliche Inhalte u. a. Aber ihre Kenntnisse in Statistik, Methoden und Theorien sind nicht mit denen der Studierenden der Sozialwissenschaften an den Universitäten vergleichbar. Im Unterschied zu Studierenden technischer Fächer haben sie auch kaum die gleichen Lehrbücher und Standardwerke.

Wenn man die Eigenheiten der verschiedenen Fächer betrachtet, kann es keine Antwort auf die Frage geben, ob die Fachhochschulen generell das Promotionsrecht haben sollten oder nicht. Schon jetzt gibt es zahlreiche Wege für FH-Absolventen zur Promotion: Von gemeinsamen Doktorandenkollegs mit Universitäten bis zur Partnerschaft mit ausländischen Universitäten. Aus Sicht der Fachhochschulen ist das unbefriedigend, da sie immer auf die Kooperation und das Wohlwollen der Universitäten angewiesen sind. Längst ist der Vorschlag auf dem Tisch, nur forschungstarken Fachbereichen an Fachhochschulen das Recht zur Promotion einzuräumen. Was aber ist Forschungsstärke? Zählen z. B. Drittmittel der DFG genauso viel wie die aus EU-Programmen oder von Unternehmen? Was ist mit Patenten, internationalen Kooperationen und Veröffentlichungen? Jedes Fach hat seine eigenen Exzellenzkriterien.

Wie ist es mit dem Promotionsrecht forschungsschwacher Fächer an den Universitäten? Auch wenn sie regelmäßig auf den hinteren Plätzen jeder Evaluation landen, so dürfen sie dennoch ihre Doktoranden promovieren. Es ist auch die Sache der jeweiligen Scientific Community, für einheitliche Standards ihres Faches an allen Universitäten zu sorgen. Wenn Mediziner meinen, dass ihre Standards nicht zu beanstanden sind, so kann man es Ingenieuren und

vielleicht auch Betriebswirten an Fachhochschulen nicht verwehren, ihre Absolventen ebenfalls in alleiniger Verantwortung zu promovieren.

Die Definitionsmacht, was eine ingenieurwissenschaftliche Dissertation ist, könnte man ohne Schaden für das Wissenschaftssystem ebenso den Fachhochschulen überlassen wie das alleinige Recht zur Promotion. Die Universitäten werden das genauso verschmerzen wie die in den 1980er-Jahren eingeführte Diplomierung an Fachhochschulen. Den Wettbewerb des an einer FH erworbenen Doktorgrads mit dem an einer Universität müssen die Fachhochschulen ebenso wenig fürchten wie den Wettbewerb ihrer Bachelor- und Masterabsolventen. Weil die Unterscheidung der Hochschularten seit den Bologna-Reformen an Bedeutung verloren hat, gibt es zumindest im ingenieurwissenschaftlichen Bereich kein Argument mehr gegen ein Promotionsrecht der Fachhochschulen. ■

Literatur

- König, Wolfgang: Stand und Aufgaben der Forschung zur Geschichte der deutschen Polytechnischen Schulen und Technischen Hochschulen im 19. Jahrhundert. In: Technikgeschichte 48 (1981), S. 47–67.
- Mayer, Werner: Bildungspotential für den wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Die Entstehung des Hochschultyps Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen 1965–1971. Düsseldorf: Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Band 48, Essen: Klartext 1997.
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu forschungs- und lehrförderlichen Strukturen in der Universitätsmedizin. Köln 2004.
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Vergabe des Promotionsrechts an nichtstaatliche Hochschulen. Köln 2009.
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem. Köln 2010.
- Zweckbronner, Gerhard: Je besser der Techniker, desto einseitiger sein Blick? In: Ulrich Troitzsch/Gabriele Wohlauf (Hrsg.): Technikgeschichte, Frankfurt/Main 1980.

6/2015 Demokratische Hochschule – Hochschule in der Demokratie

1/2016 Vielfältiger Hochschulzugang – so gelingt der Studieneinstieg

Schicken Sie uns Ihre Beiträge, Informationen und Meinungen!
Kontaktadresse: Prof. Dr. Christoph Maas · christoph.maas@haw-hamburg.de

Redaktionsschluss für die Ausgabe 6/2015 ist der 30. Oktober 2015
Redaktionsschluss für die Ausgabe 1/2016 ist der 4. Januar 2016

Hochschule Osnabrück

Programm-Branding durch Speed-Dating

„Wie werden Unternehmen auf unsere Absolventen und unser Studienprogramm aufmerksam?“ Diese Frage stellen sich viele Programmverantwortliche. Für eine erste Kontaktaufnahme veranstaltet die Hochschule Osnabrück regelmäßig Speed-Datings. Dabei bekommen Unternehmen die Gelegenheit, junge Talente durch ein kurzes persönliches Gespräch für Praktika oder Einstiegspositionen zu gewinnen. Mitarbeiter aus den Fachabteilungen geben Studierenden einen authentischen Eindruck vom Arbeitsplatz.

Zielgruppe dieser Events sind zurzeit Studierende aus dem Bereich der Wirtschaftsinformatik. Teilnehmen können Studierende, die sich zum Teil nur orientieren und ausprobieren möchten oder zum Teil nach Praktikumsstellen suchen. Folgt ein Unternehmen dem Ansatz des Präferenz-Managements im Personalmarketing, so sind die beiden Studierendengruppen unterschiedlichen Phasen zuzuordnen (vgl. Beck, 2012): Während bei der konkreten Suche Bedarf nach Informationen besteht, die von den Studierenden eher kognitiv verarbeitet werden, steht in der Orientierungsphase für die Unternehmen das Wecken von positiven Assoziationen im Vordergrund, um z. B. bei der späteren aktiven Suche nach Praktikums- oder Arbeitsplätzen (emotional) wiedererkannt zu werden. Gerade in der Orientierungsphase können Unternehmen Speed-Dating nutzen, um sich als innovativ zu präsentieren.

Im Rahmen einer Bachelorarbeit wurde untersucht, welche Potenziale und Grenzen in Speed-Dating stecken. Dazu wurden alle teilnehmenden Studierenden zwei bis drei Monate nach einer Veranstaltung in Einzelinterviews befragt. Deutlich wurden einige Potenziale, die das Speed-Dating als Employer-Branding-Maßnahme für Unternehmen bietet. Durch die Teilnahme ist es

Unternehmen möglich, bei Studierenden einen positiven Eindruck zu hinterlassen und das Interesse für das Unternehmen zu wecken. Vor allem für kleine eher regionale und weniger bekannte Unternehmen bietet sich hier die Gelegenheit, Aufmerksamkeit zu wecken. Darüber hinaus konnten einige Unternehmen ihr Image bei den Studierenden verbessern. Manche Studierende gaben an, dass sie bei der Veranstaltung ein Unternehmen kennengelernt haben, bei dem sie sich gut vorstellen können, später einmal zu arbeiten.

Als Grenzen zeigten sich, dass für die meisten der Studierenden zehnteilige Gespräche nicht ausgereicht haben, um sich ein konkretes Bild vom Unternehmen als Arbeitgeber zu machen. Daher sind gerade für Studierende, die einen konkreten Informationsbedarf haben, weil sie eine Stelle suchen, weitere Kontakte zum Unternehmen erforderlich. Auch wurde teilweise kein weiterer Kontakt mit einigen Unternehmen gewünscht, da deren Vertreter eher unsympathisch wahrgenommen wurden oder die Gespräche nicht aussagekräftig genug waren.

Von den Studierenden wird das Speed-Dating geschätzt. Sie sehen in der Veranstaltung die Chance, erste Kontakte zu Unternehmen zu knüpfen und ein Netzwerk aufzubauen. Die Nachwuchskräfte finden es gut, dass den Unternehmen im Vorfeld keinerlei Informationen zur Verfügung stehen, wodurch das erste Kennenlernen auf einer persönlichen Ebene und ohne Beurteilungen aufgrund von Leistungen oder Werdegängen stattfinden. Weiterhin schätzen die Studierenden das Dating als Orientierungshilfe, z. B. um Einblicke in unbekannte Branchen zu gewinnen.

Auch die veranstaltenden Hochschulen können profitieren. Das Veranstalten

von Speed-Datings macht Studiengänge für Studierende attraktiv und Hochschulen können auf diese Weise Kontakte zu Unternehmen pflegen. Die Unternehmen bekommen einen Eindruck von dem zukünftigen Potenzial, dass die Absolventen als Arbeitnehmer haben. Durch den vorgelagerten Auswahlprozess seitens der Hochschule kann sichergestellt werden, dass lediglich motivierte und zielstrebige Studierende teilnehmen, was ein positives Image der Studienprogramme fördern kann.

Insgesamt ist festzuhalten, dass Speed-Dating für alle Beteiligten einen Nutzen bringt. Das Studienprogramm wird für Unternehmen attraktiver und Studierenden bekommen Unternehmenskontakte und Einstiegschancen. So kann Speed-Dating dauerhaft dazu beitragen, dass sich eine „Marke“ der Absolventen am regionalen Arbeitsmarkt herauskristallisiert.

Samira Klaus und Nicole Böhmer

Literatur

- Beck, C. (2012): Personalmarketing 2.0. — Personalmarketing in der nächsten Stufe des Präferenz-Managements. In: Beck, C. (Hrsg.): Personalmarketing 2.0. Vom Employer Branding zum Recruiting, S. 9–70.
- Klaus, S. (2015): Durch Speed-Dating zum Employer of Choice? Unveröffentl. Bachelorarbeit, Osnabrück.

Samira Klaus ist Absolventin des Studienprogramms BA Business Management der Hochschule Osnabrück.

Prof. Dr. Nicole Böhmer lehrt Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Personalmanagement, an der Hochschule Osnabrück.



Baden-Württemberg

Zentren für angewandte Forschung erschließen innovative Forschungsfelder an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und stärken die regionale Wettbewerbsfähigkeit

Bis zu 1,5 Millionen Euro für Hochschule Ravensburg-Weingarten: Wissenschaftsministerin Theresia Bauer übergibt Förderbescheid zur Einrichtung eines Zentrums für angewandte Forschung zu „Digitaler Produktlebenszyklus (DiP)“

„Die Digitalisierung ist insbesondere für unsere kleinen und mittleren Unternehmen eine große Herausforderung und große Chance zugleich“, sagte Ministerin Theresia Bauer anlässlich der Übergabe des Förderbescheids an der Hochschule Ravensburg-Weingarten. Diese wird die Koordination des neuen Zentrums für angewandte Forschung (ZAFH) übernehmen. „Unseren Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wird hier eine Schlüsselrolle als Innovationstreiber zukommen – gerade

was das Zukunftsfeld Digitalisierung in der Industrie betrifft“, sagte Bauer.

Das ZAFH „Digitaler Produktlebenszyklus (DiP)“ kann dabei künftig Fördermittel bis zu 1,5 Millionen Euro in seiner Forschung erhalten, die zur Hälfte aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kommen. Nach erfolgreicher Evaluation kann nach drei Jahren die Fördersumme um eine weitere Million Euro aus Landes- und EFRE-Mitteln gesteigert werden.

Ziel der Forschungsvorhaben wird dabei die vollständige digitale Abbildung und maschinelle Ausführbarkeit eines Produktlebenszyklus sein. Das bedeutet konkret: Es sollen alle Stationen, angefangen vom Entwurf eines Produkts über die Architektur und Geometrie, den virtuellen Test, die Serienproduktion in der digitalen Fabrik und die übergreifende Kosten- und Energiebilanzierung in ein digitales Gesamtmodell integriert werden. An dem Projekt wirken neben der Hochschule Ravensburg-Weingarten noch Projektpartner von den Hochschulen in Ulm, Reutlingen und Albstadt-Sigmaringen sowie von

der Universität Stuttgart mit. „Die in den letzten Jahren gegründeten Zentren für angewandte Forschung haben, wie erhofft, die Profilbildung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften vorangebracht. Mit der Förderung von DiP gehen wir diesen erfolgreichen Weg konsequent weiter“, so Bauer.

Ein ZAFH ist ein hochschulübergreifender Forschungsverbund, zu dem sich mehrere Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) und Universitäten sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen haben. Unter Leitung einer HAW bearbeiten die Partner eines ZAFH wichtige Themen im Bereich der Schlüsseltechnologien.

Ministerien Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg



Bund

Mobilität im Erasmus-Programm trotz Finanzkrise

weiter steigend

Die Zahl der Auslandsaufenthalte von Studierenden und Hochschulangehörigen nimmt trotz der in mehreren europäischen Ländern spürbaren Finanzkrise weiter zu. Die Mobilitätszahlen sind stabil und insbesondere die Zahl der Praktika ist deutlich gestiegen. Das zeigt die vom DAAD initiierte Studie „Student and staff mobility in times of crisis“.

„Die Studie zeigt eindrucksvoll, wie stark sich junge Menschen engagieren, um sich durch Auslandspraktika weiter zu qualifizieren und ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka. Die Wirtschaftskrise korreliert direkt mit einer qualitativen Veränderung in der Studierendenmobilität: Sowohl die Daten als auch die Expertenmeinungen belegen, dass der Bedarf an Auslandspraktika im Vergleich zu Studienaufenthalten viel schneller gestiegen ist.



Ministerin Theresia Bauer übergibt den Förderbescheid für das ZAFH „Digitaler Produktlebenszyklus (DiP)“ an Prof. Dr.-Ing. Thomas Spägele, Rektor der Hochschule Ravensburg-Weingarten. (V. l. n. r.) Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Rektor Prof. Dr.-Ing. Thomas Spägele, Prof. Dr.-Ing. Markus Till (ZAFH-Leiter und Dekan der Fakultät Maschinenbau an der Hochschule Ravensburg-Weingarten), PD Dr.-Ing. Stephan Rudolph (Leiter der Arbeitsgruppe Ähnlichkeitsmechanik, Institut für Statik und Dynamik der Luft- und Raumfahrtkonstruktionen, Universität Stuttgart) und Prof. Dr.-Ing. Nicolai Beisheim (Hochschule Albstadt-Sigmaringen).

Quelle: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

„Jede Studentin und jeder Student sollte einen Teil des Studiums im Ausland absolvieren können – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation seines Heimatlandes. Es freut mich, dass so viele junge Menschen die Möglichkeiten des Erasmus-Programms nutzen und die Chance ergreifen, das Europa von morgen zu gestalten“, erläuterte DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel. In vielen europäischen Ländern stellt das Erasmus-Programm die wichtigste Fördermöglichkeit für einen Auslandsaufenthalt von Studierenden und Hochschulangehörigen dar. Über alle Erasmus-Staaten hinweg ist vom akademischen Jahr 2008/09 bis 2012/13 die Mobilität zu Studienzwecken jährlich um durchschnittlich sechs Prozent von insgesamt 168 000 auf 212 500 und die Mobilität für Auslandspraktika um 16 Prozent von insgesamt 30 030 auf 55 600 gestiegen. Jedoch hat sich für die Studierendenmobilität dieses Wachstum 2012/13 verlangsamt. Viele der befragten Experten aus den zehn ausgewählten Staaten Zypern, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Polen, Portugal und Spanien haben erklärt, dass die Effekte der Krise in etlichen Ländern verspätet angekommen seien.

Praktika nehmen in Krisenzeiten deutlich zu, Studienaufenthalte nur langsam. Der höhere Anstieg der Auslandspraktika ist ein Indiz, dass Studierende diese als gute Möglichkeit sehen, ihre Beschäftigungsfähigkeit nach dem Studienabschluss zu verbessern.

Die Studie wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Europäischen Kommission finanziert und ist online veröffentlicht unter https://eu.daad.de/medien/eu/publikationen/studien/2014-mobilitaet_in_times_of_crisis.pdf

BMBF/DAAD

BAföG – Wenig Geld für wenige

Am 30. Juli 2015 hat das Statistische Bundesamt einen erneuten Rückgang der Zahl der BAföG-Empfänger bekannt gegeben. Für den freien „Zusammenschluss von StudentInnenschaften“ (fzs) verdeutlicht diese Entwicklung die Mängel am 25. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföGÄndG). Dazu Daniel Gaittet, Mitglied im Vorstand des fzs: „Dass erneut weniger Menschen durch das BAföG gefördert werden, hätte verhindert werden können. Statt die Freibeträge und Bedarfssätze beim 25. BAföG-ÄndG entschlossen anzupassen, wurde eine ganze Generation von Lernenden im Stich gelassen. Es darf nicht sein, dass notwendige Anpassungen beim BAföG von der politischen Wetterlage abhängen. Das BAföG muss regelmäßig und automatisch an den realen Bedarf angepasst werden.“

Isabella Albert, ebenfalls Mitglied im Vorstand des fzs, ergänzt: „Wir begrüßen, dass ab dem 1. August auch Menschen, die nur eine vorläufige Zulassung zum Masterstudium haben, durch das BAföG gefördert werden können. Auch die Tatsache, dass der Leistungsnachweis nach dem dritten Semester entfällt, ist eine Verbesserung für die Betroffenen. Im Vergleich zur gigantischen Baustelle, die das BAföG noch bleibt, ist das aber nur ein schwacher Trost. Wir fordern weiterhin einen eltern-, alters- und herkunftsunabhängigen Vollzuschuss, der die gesamte Studiendauer ausbezahlt wird.“

Die Stellungnahme des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) zum Entwurf eines 25. Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (25. BAföGÄndG) finden Sie hier: www.fzs.de/aktuelles/papiere/327918.html

Die Meldung des Statistischen Bundesamtes zum Rückgang der BAföG-Empfänger im Jahr 2014 finden Sie hier: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/07/PD15_273_214.html

Hochschulallianz zum neuen DFG-Förderatlas: Hochschulen für angewandte Wissenschaften gehen so gut wie leer aus

Die Hochschulallianz für den Mittelstand zieht ein kritisches Fazit aus dem neuen Förderatlas der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Der Fördergeldtopf bleibt weiter fest in Universtitätshand, Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften gehen so gut wie leer aus. So flossen im letzten Berichtsjahr 2012 von den rund 6,7 Milliarden Euro DFG-Fördergeldern 99,5 Prozent an Universitäten. Der Anteil anderer Hochschulen wie Hochschulen für angewandte Wissenschaften belief sich auf magere 0,5 Prozent (33,8 Millionen EUR). Für Professor Dr. Hans-Hennig von Grünberg, Vorsitzender der Hochschulallianz für den Mittelstand und Präsident der Hochschule Niederrhein, ist dieses eklatante Missverhältnis Zeichen einer systembedingten Benachteiligung: „In ihren Strukturen und Auswahlverfahren ist die DFG traditionell auf universitäre Grundlagenforschung geeicht. Das wird dem Charakter der transferorientierten Anwendungsforschung nicht gerecht. Interdisziplinäre anwendungsnahe Forschungsprojekte wie an Hochschulen für angewandte Wissenschaften üblich, fallen durch das DFG-Prüfungsraster. Hier muss sich etwas ändern.“

Die Hochschulallianz für den Mittelstand, ein bundesweiter Zusammenschluss anwendungsorientierter Hochschulen, fordert deshalb die DFG auf, die Gleichbehandlung für Hochschulen für angewandte Wissenschaften/Fachhochschulen endlich umzusetzen. „Viele Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben sich inzwischen zu außerordentlich forschungsstarken und exzellenten Wissenschaftseinrichtungen entwickelt“, sagt dazu von Grünberg. „Die anwendungsnahe und transferorientierte Forschung muss daher in der DFG künftig stärker im Fokus der Förderung stehen.“

Hochschulallianz

Hochschule Niederrhein

Hochschule Niederrhein unterstützt Flüchtlinge mit akademischen Abschlüssen

Die Hochschule Niederrhein arbeitet daran mit, Flüchtlingen mit akademischen Abschlüssen Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Sie ist an dem Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ beteiligt, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird. Dieses zielt auf die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab.

Derzeit beantragen mehr Menschen Asyl in Deutschland als jemals zuvor, laut Bundesregierung könnten es bis Ende des Jahres 800.000 sein. Unter ihnen sind zahlreiche Menschen aus den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak und Afghanistan. Viele von ihnen verfügen über qualifizierte Bildungsabschlüsse. In der aktuellen Förderperiode des Projekts 2015 bis 2018 liegt ein Handlungsschwerpunkt auf Qualifizierungsmaßnahmen, die dazu beitragen, dass im Ausland erworbene Berufsabschlüsse häufiger in eine adäquate Beschäftigung münden. Das Projekt an der Hochschule Niederrhein, durchgeführt vom Institut SO.CON am Fachbereich Sozialwesen, heißt „OnTOP/HN – Studienprogramme für zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker in NRW“. Das Fördervolumen für die nächsten vier Jahre beträgt über 900 000 Euro.

Los ging es im März dieses Jahres. „Von den Bewerberinnen und Bewerbern stammen rund 50 Prozent aus Syrien“, sagt Flavia Nebauer, die das Projekt leitet. Ihr Eindruck bisher: „Diejenigen, die sich bei uns melden, haben studiert und sind hochmotiviert, die Sprache zu lernen und hier Fuß zu fassen. Sie wollen bei uns in ihrem erlernten Beruf arbeiten – und wir bemühen uns, die Hürden dafür aus dem Weg zu räumen.“

Das Projekt sieht vor, für jeden Teilnehmenden einen individuellen Qualifizierungsplan zu erstellen, der bis zu einem deutschen Hochschulabschluss führen kann. Ziel ist es, die Lücken im fachlichen, methodischen und vor allem auch sprachlichen Bereich zu schließen und die Chancen auf eine qualifikationsadäquate Beschäftigung zu erhöhen. Wichtiger Bestandteil des Projekts ist eine kontinuierliche Betreuung und Begleitung durch das Projektteam. Zum Wintersemester 2015/2016 sollen die ersten Teilnehmenden aufgenommen werden. Insgesamt sollen rund 100 Personen das Programm durchlaufen. Sind das angesichts der hohen Flüchtlingszahlen nicht viel zu wenige? „Ja, natürlich gibt es viel mehr Menschen, die auf eine solche Chance warten“, sagt Nebauer. „Wir betreten mit diesem Projekt Neuland. Wir müssen daher zunächst die Voraussetzungen schaffen, die eine intensive Unterstützung dieses Personenkreises möglich macht. Als unsere Aufgabe sehen wir auch, unsere Erfahrungen an andere Hochschulen weiterzugeben, sodass hoffentlich immer mehr Menschen mit solchen speziellen Programmen erreicht werden können.“

Hochschule Niederrhein



Hamburg

Delegation des hlb-Landesverbands zum Gespräch bei Staatsrätin Gümbe

In der neuen Legislaturperiode, die im Februar 2015 begann, wird die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung in Hamburg von Senatorin Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen) geführt. Dies nahm der hlb-Landesverband Hamburg zum Anlass sich vorzustellen, und so konnte eine Delegation des Landesverbands am 25. September 2015 ein längeres Gespräch mit der Staatsrätin Dr. Eva Gümbe führen. Gümbe (Bündnis 90/ Die Grünen) ist schon aus ihrer Zeit als wissenschaftspolitische Sprecherin der grünen Fraktion gut bekannt. Das Gespräch verlief in einer offenen und informativen Atmosphäre. Dem hlb ist der direkte Austausch von Sichtweisen und Argumenten mit der Wissenschaftsbehörde ein wichtiges Anliegen. Er konnte an wichtigen Stellen die Standpunkte der Hamburger Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen deutlich machen. Themen des Gesprächs waren u. a. das Promotionsrecht und der aktuelle Stand der W-Besoldung. Wir hoffen weiterhin auf einen offenen Dialog mit der Behörde und wünschen uns auch für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

Rainer Sawatzki



v. r. n. l.: Staatsrätin Dr. Gümbe; Prof. Dr. Boris Tolg, 2. Vorsitzender des Landesverbands Hamburg; Prof. Dr. Rainer Sawatzki, Vorsitzender des Landesverbands Hamburg; Prof. Dr. Michael Gille

Foto: privat

Die Zukunft der Fachhochschulen

*h**lb***-Mitglieder entwickeln in einem Workshop am 14. und 15. September 2015 in Ochsenfurt Konzepte für die Zukunft der Fachhochschulen/HAW

Nach anderthalb Tagen Workshop mit Erfahrungsaustausch, Diskussion und Meinungsbildung stand für die Teilnehmer fest: Studierende, Arbeitgeber und Politik setzen große Erwartungen in die Leistungen der Fachhochschulen, insbesondere in die Ausbildung, aber ebenso in Forschung, Wissens- und Technologietransfer. Doch es mangelt an einer aufgabengerechten Ausstattung. Ziel dieses Workshops war es, die drängendsten Herausforderungen an den Fachhochschulen aus Sicht der Professorenschaft herauszuarbeiten und erste Lösungsansätze zu formulieren. Während der diesjährigen Zukunftswerkstatt des *h**lb*** verständigten sich die 23 ange-reisten Professorinnen und Professoren auf fünf Herausforderungen, die aus ihrer Sicht zu meistern sind. Mit deutlicher Mehrheit wurden dabei die Aufgabe der Demokratisierung der Hochschulen einschließlich einer transparenten Führung und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Forschung genannt. Die W-Besoldung mit ihren Leistungszulagen hat sich in der Praxis dabei als Hemmschuh für eine demokratische Hochschule herausgestellt. Denn kritisch-konstruktive Meinungsäußerungen können die Vergabe von Leistungsbezügen beeinflussen. Die Kluft zwischen Hochschulleitung und Professorenschaft wird größer. Die Professorenschaft schätzt ihre Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als gefährdet ein. Flankiert wird dies durch eine Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten in den Hochschulgesetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat die strukturelle Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit erkannt und eine Balance im „organisatorischen Gesamtgefüge“ angemahnt. Der Hochschullehrerbund wirbt für die Notwendigkeit der Mitwirkung an den Hochschulen und wird sie zur Not einklagen wie zurzeit in Baden-Württemberg.

Die Workshop-Teilnehmer sahen ihre Fachhochschulen als wichtigen Impulsgeber in die Gesellschaft. Sie wirken nicht nur an der Entwicklung der Wissenschaften, sondern auch an der gesellschaftlichen Entwicklung mit. Diese Aufgabe sollte von den Fachhochschulen intensiver wahrgenommen werden als bisher, auch damit die hervorragenden Ergebnisse der Fachhochschulen in Gesellschaft und Politik deutlich werden. Fachhochschulen sind nicht allein Orte der Wissensvermittlung, sondern erheben ebenso den Anspruch, Orte der Persönlichkeitsentwicklung zu sein. Eine Aufgabe, die wiederholt von der Wirtschaft an die Hochschulen herangetragen wird. Aufgrund der rasanten Technologieentwicklung sehen die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Vermittlung von Kompetenzen als ein äußerst wichtiges Anliegen der Lehre. Die erfolgreiche Umsetzung einer guten und umfassenden Lehre ist jedoch auf Dauer nur mit einer ausreichenden und gesicherten Finanzierung möglich, um die sich die Hochschullehrer, die aus 13 Bundesländern angereist waren, sorgen.

Als wichtige Säule an Fachhochschulen hat sich in den letzten Jahrzehnten eine beachtliche Forschungsstärke etabliert, was nicht zuletzt durch eine signifikante Steigerung der eingeworbenen Drittmittel sichtbar wird. Auch in der Gesellschaft wird die fachliche Expertise an Fachhochschulen verstärkt wahrgenommen und genutzt. Voraussetzungen dafür waren u. a. die verbesserten strukturellen Rahmenbedingungen wie stärkere Berücksichtigung von Forschungsstärke bei Berufungen, Möglichkeiten der Lehrabsenkung und der Aufbau von Mitarbeiterstellen. Das Instrument des

Forschungssemesters wird an etlichen Fachhochschulen jedoch weiterhin stark vernachlässigt, stellten auch hier die Teilnehmer fest. Ein Defizit, das auch schon bei der *h**lb***-Umfrage zum Workload von Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen 2014 deutlich wurde (siehe unter [http://h**lb**.de/serviceleistungen/h**lb**-publikationen](http://hlb.de/serviceleistungen/hlb-publikationen)). Hier gilt es, Kolleginnen und Kollegen besser zu informieren und mehr Unterstützung durch die Hochschulleitungen einzufordern, damit Professoren ihre Forschungsvorhaben realisieren können. Aus Sicht der Teilnehmer lautet die Formel für eine Regelprofessur an einer Fachhochschule 12 SWS plus 1 Mitarbeiter. Nur wenn die Höhe der Lehrverpflichtung internationalen und wissenschaftlichen Maßstäben entspricht und ein Mittelbau zur Verfügung steht, kann sich die Forschung an Fachhochschulen für Gesellschaft und Unternehmen voll entfalten. Der Schlüssel dazu ist das Promotionsrecht für Fachhochschulen. Denn Mitarbeiter verbleiben an ihrer Hochschule nach ihrem Hochschulabschluss nur, wenn sie eine Perspektive auf eine angemessene Qualifikation haben; in der Regel ist das eine Promotion. Ohne diese Qualifikationsmöglichkeiten wechseln Fachhochschulabsolventen in besser bezahlte Jobs in der Wirtschaft.

Die Dokumentation der Zukunftswerkstatt finden Sie auf der *h**lb***-Homepage unter [http://h**lb**.de/veranstaltungen-des-h**lb**/zukunftsworkstatt-2015/](http://hlb.de/veranstaltungen-des-hlb/zukunftsworkstatt-2015/)

Karla Neschke

Vorgehen gegen Mobbing als Beamter

Die verbeamtete Antragstellerin wandte sich an das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder), weil sie ihrer Ansicht nach gemobbt wurde. Nach der allgemeinen Begriffsdefinition des Bundesgerichtshofs, auf die sich das VG Frankfurt (Oder) bezieht, ist unter „Mobbing“ der Missbrauch der Stellung eines Vorgesetzten zu verstehen, um einen Untergebenen systematisch und fortgesetzt zu beleidigen, zu schikanieren und zu diskriminieren. In diesem Zusammenhang weist das Gericht auf die konkretisierende arbeitsgerichtliche Rechtsprechung hin, nach der es sich bei „Mobbing“ um fortgesetzte, aufeinander aufbauende und ineinander übergreifende, der Anfeindung, Schikane oder Diskriminierung dienende Verhaltensweise, um die Gesamtheit des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, die Ehre und die Gesundheit des Betroffenen zu verletzen, handele.

Ob aber ein systematisches Anfeinden, Schikanieren oder Diskriminieren vorliege, hänge jeweils von den Umständen des Einzelnen ab. Dabei sei eine Abgrenzung zu dem in einem Betrieb im Allgemeinen üblichen oder rechtlich erlaubten und deshalb hinzunehmenden Verhalten erforderlich. Nicht jede Auseinandersetzung erfülle den Begriff „Mobbing“.

Der „Fortsetzungszusammenhang“ ist entscheidend

Kurzfristigen Konfliktsituationen fehle regelmäßig schon die notwendige systematische Vorgehensweise. Einzelne Handlungen für sich gesehen schlossen möglicherweise – so das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) – eine Haftung wegen der mit „Mobbing“ verbundenen Beeinträchtigung aus, jedoch könne die

Gesamtheit der Handlungen aufgrund der sich verbindenden Systematik und ihres Fortsetzungszusammenhangs eine Haftung begründen. Zwischen den einzelnen Handlungen müsse im juristischen Sinn ein Fortsetzungszusammenhang bestehen. Das gegen eine Person gerichtete Verhalten erfolge nur dann systematisch, wenn sich aus einer Kette von Vorfällen ein System erkennen lasse. Zweck des Mobblings sei die soziale Ausgrenzung des Opfers aufgrund eines Konflikts und die Verdrängung aus dem Arbeitsbereich, wobei bestehende Schutzbestimmungen hinderlich seien. Grundsätzlich ließe sich zwischen Vorgesetzten-, Kollegen- und Mitarbeitermobbing unterscheiden. Täter handeln mitunter planmäßig, um den eigenen Machtbereich zu festigen. Ebenso könnten mehrere Täter gegebenenfalls aus verschiedenen Hierarchieebenen heraus gemeinsam dieselbe Person aus unterschiedlichsten Motiven mobben.

Abwehranspruch: Recht auf Unterlassung

Liege tatsächlich unter Anwendung der zitierten Maßstäbe ein Fall des Mobblings vor, stehe der betroffenen Person ein allgemeiner öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch, abgeleitet aus den Grundrechten und im Zusammenspiel mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht sowie der Fürsorgepflicht des Dienstherrn zu Gebote. Dieser Anspruch bestehe aber nur so lange, bis der Vorgesetzte, dem Mobbing vorgeworfen wurde, zwischenzeitlich in den Ruhestand versetzt werde. Einen „rückwirkenden“ Anspruch auf Unterlassung gebe es nicht.

Fazit

Im Beamtenverhältnis kommt neben dem geschilderten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Unterlassungsanspruch auch ein Beschwerderecht beim Dienstherrn und als formloser und nicht fristgebundener Rechtsbehelf die Dienstaufsichtsbeschwerde in Betracht. Außerdem können Schadenersatz- oder Schmerzensgeldanspruch in Betracht gezogen werden. Für Beamte und Angestellte kommen zudem Ansprüche gemäß Allgemeinem Gleichberechtigungsgesetz (AGG 2006) und weitere einzelfallabhängige Rechte in Betracht. Trotz aller Rechte muss klar sein, dass im Zweifel oft gerade Maßnahmen auf konsensueller Ebene die erfolgversprechendsten sein werden. Gerade die Mediation als eine Form der Vermittlung hat in der Vergangenheit immer wieder gute Ergebnisse hinsichtlich der praktischen Lösung von Mobbing-Konflikten erzielt.

Christian Fonk

Gleichberechtigung für Männer – auch für sie muss die Gleichstellungsbeauftragte tätig werden

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat in einem Urteil vom 19. Juni 2015 (Az. 6 A 589/12) entschieden, dass bei einer Versetzung oder anderen personellen Maßnahmen die Gleichstellungsbeauftragte auch dann tätig werden muss, wenn der Betroffene eine Person männlichen Geschlechts ist und ihre Mitwirkung sogar dann obligatorisch ist, wenn auf die Mitwirkung der Beauftragten verzichtet wird. In diesem Fall ging es um eine Versetzung eines Kanzlers an einer Fachhochschule aufgrund einer zuvor ergangenen Disziplinarverfügung. Im Rahmen des Versetzungsverfahrens wurde die Gleichstellungsbeauftragte nicht beteiligt, weil die Hochschule angesichts eines aus ihrer Sicht „im Sinne der Gleichstellung günstigen Verhältnisses zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten“ die Einschaltung der Gleichstellungsbeauftragten der Bezirksregierung nicht für erforderlich hielt. Das OVG hat nun entschieden, dass die Versetzung schon allein deswegen rechtswidrig war, weil die Versetzung ohne Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten der Fachhochschule durchgeführt wurde.

Landesgleichstellungsgesetz schütze nicht nur Frauen

Das Gericht urteilte, dass es sich bei einer Versetzung um eine „personelle Maßnahme“ handele, die der Mitwirkung des Gleichstellungsbeauftragten unterliege. Der Kanzler sei, so das Gericht, auch Beschäftigter im Sinne des Landesgleichstellungsgesetzes gewesen. Der Kreis der mitwirkungspflichtigen Maßnahmen werde nicht auf solche Maßnahmen eingeengt, die „frauenrelevant“ sind. Denn das Ziel des Landesgleichstellungsgesetzes spreche nicht

lediglich die Situation der Frauen an. Vielmehr diene das Gesetz der Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, das auch den Schutz der Männer bezwecke. Das Landesgleichstellungsgesetz habe eine Abkehr von der primären Frauenförderung vollzogen, weswegen eben der Gesetzgeber die Bezeichnung „Gleichstellungsbeauftragte“ gewählt habe und nicht etwa „Frauenbeauftragte“. Auch das Hochschulzukunftsgesetz in der Fassung 2006 sei trotz seines damaligen Wortlauts nicht auf frauenrelevante Maßnahmen beschränkt gewesen und enge das Landesgleichstellungsgesetz ebenfalls nicht ein.

Versetzungsverfügung schon formell rechtswidrig

Somit hätte, so das Gericht, die Gleichstellungsbeauftragte der Fachhochschule im Versetzungsverfahren beteiligt werden müssen. Die Hochschule hätte wiederum vorher die Gleichstellungsbeauftragte unterrichten und anhören und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme geben müssen. Da dies nicht erfolgte, sei allein deswegen die Versetzung rechtswidrig.

Verzicht auf Beteiligung unwirksam

Unerheblich sei, so das OVG Münster, dass die Gleichstellungsbeauftragte ihre Beteiligung nicht für erforderlich hielt. Denn die Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes stünden weder zur Disposition der Gleichstellungsbeauftragten noch der Hochschule. Die

Gleichstellungsbeauftragte habe in jedem Fall von den ihr durch Gesetz eingeräumten Beteiligungsrechten pflichtgemäß Gebrauch zu machen. Dass auch mit Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten möglicherweise die gleiche Entscheidung getroffen worden wäre, ändere an dieser Entscheidung nichts, weil jedenfalls die Möglichkeit bestehe, dass ohne den Fehler eine andere Entscheidung getroffen worden wäre.

Fazit

Oftmals wird bei Verwendung des Begriffs „Gleichstellung“ vorausgesetzt, dass Maßnahmen in Rede stehen müssen, die ausschließlich Frauen treffen. Das OVG Münster tritt einmal mehr dieser Auffassung entgegen und macht deutlich, dass das Landesgleichstellungsgesetz als echtes Gleichstellungsgesetz zu verstehen ist. Darüber hinaus ist nun klar, dass ein Verzicht auf Beteiligung der Beauftragten nicht wirksam erklärt werden kann, weil sich insofern weder die Gleichstellungsbeauftragte selbst noch die Hochschule ihrer vom Gesetzgeber eingeräumten Rechte begeben können. Vielmehr ergibt sich aus der Rechtezuteilung gleichzeitig auch eine Pflicht zum Tätigwerden.

Christian Fonk

Neue Bücher von Kolleginnen und Kollegen

Technik/Informatik/Naturwissenschaften

Computernetze kompakt

C. Baun (Frankfurt University of Applied Sciences)
3. Auflage
Springer Verlag 2015

Claimmanagement: Eine einführende Darstellung

H.-C. Brauweiler (Westfälische HS Zwickau)
Springer Verlag 2015

Baustatik 1. Berechnung statisch bestimmter Tragwerke

R. Dallmann (HS Wismar)
5., aktualisierte Auflage
Hanser Fachbuchverlag 2015

Baustatik 3. Theorie II. Ordnung und computerorientierte Methoden der Stabtragwerke

R. Dallmann (HS Wismar)
2. Auflage
Hanser Fachbuchverlag 2015

Technische Mechanik. Statik – Kinematik – Kinetik – Schwingungen – Festigkeitslehre

M. Mayr (ehemals HS Augsburg)
8. Auflage
Hanser Verlag 2015

Mechanik-Training. Beispiele und Prüfungsaufgaben

M. Mayr (ehem. HS Augsburg)
Hanser Verlag 2015

Photovoltaik. Lehrbuch zu Grundlagen, Technologie und Praxis

K. Mertens (FH Münster)
3., aktualisierte Auflage
Hanser Verlag 2015

Leistungselektronik für Bachelors. Grundlagen und praktische Anwendungen

U. Probst (THM Gießen)
3., neu bearbeitete Auflage
Hanser Verlag 2015

IT-Servicemanagement in KMU. Studie mit Umfrage, Reifegradmessung und Leitfaden

A. Schmidtman (FH Dortmund), P. Root
Books on Demand 2015

Speicherprogrammierbare Steuerungen für die Fabrik- und Prozessautomation

Strukturierte und objektorientierte SPS-Programmierung, Motion Control, Sicherheit, vertikale Integration
M. Seitz
4., neu bearbeitete Auflage
Hanser Verlag 2015

Rohstoffeffizienz und Rohstoffinnovationen

Hrsg. von U. Teipel (TH Nürnberg), A. Reller
Bd. 3
Fraunhofer Verlag 2014

Betriebswirtschaft/Wirtschaft/Recht

Effective Strategy Execution. Improving Performance with Business Intelligence

B. Heesen (HS Ansbach)
2., aktualisierte Auflage
Springer Verlag 2015

Wiley-Schnellkurs Logistik

M. Huth (HS Fulda)
Wiley-VCH Verlag 2015

Praktikerhandbuch Risikoinventur: Risikoerfassung Risikoeinstufung Inventurablauf Dokumentation

Hrsg. von S. Janßen (Jade HS Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth), H. Riediger
Finanz Colloquium Heidelberg 2015

Betriebswirtschaft im öffentlichen Sektor. Eine Einführung

M. Mroß (FH Köln)
2., aktualisierte u. überarbeitete Auflage
Springer Verlag 2015

Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler

Ein Lehr- und Übungsbuch für Bachelors

J. Ohser, W. Helm, A. Pfeifer (alle HS Darmstadt)
2., aktualisierte Auflage
Hanser Verlag 2015

Finanzmathematik – Das große Aufgabenbuch

A. Pfeifer (HS Darmstadt)
Verlag Europa-Lehrmittel 2015

Finanzmathematik – Formelsammlung

A. Pfeifer (HS Darmstadt)
2. Auflage
Verlag Europa-Lehrmittel 2015

Qualitätsmanagement Strategien – Methoden – Techniken

R. Schmitt, T. Pfeifer (beide RWTH Aachen)
5., überarbeitete Auflage
Hanser Verlag 2015

Fallstudien und Klausurtraining zur Unternehmensführung: Case Studies und Multiple-Choice-Aufgaben **Schriftenreihe des Kompetenzzentrums für Unternehmensentwicklung und -beratung**

D. Schneider (HS Kempten)
2. Auflage
Verlage Books on Demand 2015

Unternehmensführung – Instrumente für das Management in der Postmoderne

Schriftenreihe des Kompetenzzentrums für Unternehmensentwicklung und -beratung

D. Schneider (HS Kempten)
2., erweiterte Auflage
Verlag Books on Demand 2015

Qualitätsmanagement für Wirtschaftsingenieure

Qualitätsmethoden, Projektplanung, Kommunikation

G. Winz (HS Kempten)
Hanser Verlag 2015

Neue Bücher von Kolleginnen und Kollegen

Soziale Arbeit

Bilanzanalyse von Fußballvereinen Praxisorientierte Einführung in die Jahresabschlussanalyse

L. Hierl (DHBW Heilbronn), R. Weiß
2. Auflage
Gabler Verlag 2015

Soziale Arbeit – ein typisch weiblicher Studiengang? Ausgewählte Studien zur Studienmotivation im Vergleich zur empirischen Analyse der Motiva- tion von Masterstudierenden Sozialer Arbeit

Hrsg. von U. Wilken und F. Vahsen
(beide ehemals HAWK Hochschule
Hildesheim/Holzminde/Göttingen)
Bd. 22, Hildesheimer Schriften zur
Sozialpädagogik und Sozialarbeit
Olms 2015

Sonstiges

Handbuch E-Learning. Lehren und Lernen mit digitalen Medien

P. Arnold (HS München), L. Kilian,
A. Thillosen, G. Zimmer
4., erweiterte Auflage
W. Bertelsmann Verlag 2015

Depression – Familie und Arbeit. Ge- sellschaftliche und individuelle Auslö- ser und Auswirkungen einer der häu- figsten psychischen Erkrankungen

Hrsg. von M. Bassler, M. Steffens
(HS Nordhausen)
Referenz-Verlag 2015

Das zweite Gehalt

E. Clausius (Westsächsische
HS Zwickau)
Verlag Books on Demand 2015

Neuberufene

Baden-Württemberg



Prof. Dr. rer. nat. Stepan
Altmann, Wirtschaftsinge-
nieurwesen, insbes. Interna-
tional Management, HS Mann-
heim

Prof. Dr.-Ing. Frank **Bertag-
nolli**, Lean Production und
Ressourceneffizienz, HS Pforz-
heim

Prof. Dr. Lars **Binckebanck**,
International Marketing,
HS Furtwangen

Prof. Dr. Judith **Hauer**, Straf-
und Strafrecht, HS für Polizei
Villingen-
Schwenningen

Prof. Dr. Arjan **Kozica**, Organi-
sation und Leadership,
HS Reutlingen

Prof. Dr. rer. nat. Alexander
Krupp, Automatisierungstech-
nik, HTWG Konstanz

Prof. Dr.-Ing. Elke **Petersson**,
Wasser- und Energiewirtschaft,
HS Karlsruhe

Prof. Dr. rer. nat. Axel **Zimmer-
mann**, Produktionsautomatisie-
rung und Elektrotechnik,
HS Aalen

Prof. Dr. rer. nat. Siegfried
Georg **Zürn**, Operations
Management, International
Industrial Management,
HS Esslingen

Bayern



Prof. Dr. Franz **Benstetter**,
Sozialversicherungen und
Gesundheitsökonomie,
HS Rosenheim

Prof. Dr. Daniela **Cornelius**,
Marketing, Unternehmenspla-
nung, Organisation und
Betriebswirtschaftslehre,
HS München

Prof. Dr. phil. Markus **Heckner**,
Medieninformatik,
OTH Regensburg

Prof. Dr. Josef **Kainz**, Energie-
technik, HS Weihenstephan-
Triesdorf

Prof. Dr. phil. Simone **Kamins-
ki**, Psychologie, HS München

Berlin



Prof. Dr.-Ing. Heiko **Hüberr**,
Medizinelektronik, Embed-
ded Systems und Digital-
elektronik, HTW Berlin

Prof. Dipl.-Ing. Florian **Süßl**,
Druck- und Medienevorstufe,
Beuth HS Berlin

Bremen



Prof. Dr. Ludger **Kempen**,
Mikro- und Nanotechnolo-
gie in Energie und Umwelt,
HS Bremen

Prof. Dr. Sven **Oppermann**,
Elektrotechnik und Simulator-
technik, HS Bremen

Hamburg



Prof. Dr. Anneke **Behrendt-
Geisler**, Rechnungswesen
und Controlling, HAW
Hamburg

Prof. Dr. Holger **Gräßner**,
Betriebssysteme und Automati-
sierungstechnik, HAW Hamburg

Prof. Dipl.-Ing. Frerk **Haase**,
PhD, Leistungselektronik und
Grundlagen Elektrotechnik,
HAW Hamburg

Prof. Mareike **Otttrand**, Interak-
tive Illustration und Games,
HAW Hamburg

Prof. Dr. Bettina **Radeiski**, Kul-
tur, Ästhetik, Medien in der
Sozialen Arbeit, HAW Hamburg

Neuberufene

Hessen



Prof. Dr. Melpomeni **Alexa**,
Online Marketing, insb.
Online Market Research &
Web Mining, HS Darmstadt

Prof. Dr. phil. Dörte **Naumann**,
Soziale Gerontologie, HS Darm-
stadt

Prof. Dr.-Ing. Frank **Oldewur-
tel**, Informationstechnik und
Nachrichtentechnik, HS Rhein-
Main

Prof. Dr.-Ing. Volker **Pitz**, Elek-
trische Energietechnik, insbes.
elektrische Maschinen und
Anlagen, THM Gießen

Mecklenburg-Vorpommern



Prof. Dr.-Ing. Axel **Rafoth**,
Schiffselektrotechnik,
HS Wismar

Prof. Dr. rer. pol. Olaf **Streuer**,
Allgemeine Betriebswirtschafts-
lehre, HS Wismar

Niedersachsen



Dr. rer. pol. Corinna **Klapp-
roth**, Mathematische Model-
lierung und Simulation, insbes.
von Bio- und Umweltsystemen,
Ostfalia HS

Prof. Dr. habil. Elmar **Schrei-
ber**, Mathematik und Physik,
Jade HS Wilhelmshafen/
Oldenburg/Elsfleth

Nordrhein-Westfalen



Prof. Dr. Monika **Engelen**,
Betriebswirtschaftslehre,
Marketing, TH Köln

Prof. Dr. Isabelle **Franzen-Reu-
ter**, Immissionsschutz und
Chemie, FH Münster

Prof. Dr. jur. Daniela **Haarhuis**,
Menschenrechte, HS Düsseldorf

Prof. Dr. phil. Silvia **Hamacher**,
Theorien und Methoden der
Sozialen Arbeit, Kath. HS NRW

Prof. Dr. Dirk **Jödicke**, Allge-
meine Betriebswirtschaftslehre,
insbes. Internationale Bilanzie-
rung (IFRS), HS Düsseldorf

Prof. Dr. Timo **Kahl**, Wirt-
schaftsinformatik, HS Rhein-
Waal

Prof. Dr. phil. habil. Hyun Kang
Kim, Designtheorie, HS Düssel-
dorf

Prof. Dr. rer. medic. Ute **Lange**,
Hebammenwissenschaft, HS für
Gesundheit, Bochum

Prof. Dr. phil. Maria **Wersig**,
Recht in der sozialen Arbeit,
FH Dortmund

Rheinland-Pfalz



Prof. Dr.-Ing. Jan **Conrad**,
Implementierung interakti-
ver Software-Systeme, HS
Kaiserslautern

Prof. Dr. Timo **Defren**, Allge-
meine Betriebswirtschaftslehre,
insbes. Corporate Finance &
Kapitalmarkttheorie, HS Lud-
wigshafen

Prof. Dr. Elmar **Günther**, Allge-
meine Betriebswirtschaftslehre,
insbes. Marketing, HS Ludwigs-
hafen am Rhein

Prof. Dr. Sven **Karstens**, Physio-
therapie, HS Trier

Prof. Dr.-Ing. Inka **Kaufmann
Alves**, Wasser- und Siedlungs-
wasserwirtschaft, HS Mainz

Schleswig-Holstein



Prof. Dr. Susan **Kurth**, All-
gemeine Betriebswirt-
schaftslehre, Volkswirt-
schaftslehre, FH Flensburg

Prof. Franziska **Loh**, Intermedia-
les Design, FH Flensburg

Prof. Dr. Uwe **Reinke**, Fach-
übersetzen und Terminologie,
FH Flensburg

Prof. Dr. Sonja **Ruda**, Fachkom-
munikation und Sprachdaten-
verarbeitung, FH Flensburg

Prof. Dr. Anja **Vest**, Experimen-
talphysik, FH Flensburg